

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder (1942–2015), Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Johannes Magel

EDITORIAL

Unsere Freundin und Genossin Renate Münder ist tot. Sie starb am 8. August 2015. Als Mit-Initiatoren und langjahre verantwortliche Redakteurin verliert *Theorie und Praxis* damit ihr wichtigstes Gesicht. In unserem Nachruf würdigen wir Renates unermüdliches und konsequentes Ringen im Dienste der Arbeiterklasse und für eine starke marxistisch-leninistische DKP. Renates Kampf werden wir – und viele andere Genossinnen und Genossen – weiterführen.

Noch vor ihrem Tod hatte Renate dieses Heft mit dem Schwerpunkt *Kommunisten und Nation* vorbereitet – es erscheint gewissermaßen aus ihrem Nachlass. Solange es ihr Gesundheitszustand noch zuließ, hat sie an ihrem Leitartikel gearbeitet. Seine Finalisierung hat Jürgen Lloyd übernommen. Er greift dabei auf den letzten Entwurf von Renate und auf die Diskussion mit ihr zurück. Zentrales Anliegen in Renates Überlegungen war, nationale Fragen als Klassenfragen erkennbar zu machen und der undialektischen Trennung von nationalem und internationalem Kampf der Arbeiterklasse entgegenzutreten. Der Bedeutung der Nation für eine revolutionäre Strategie widmet sich Andreas Wehr in seinem ersten Beitrag. Ihm geht es vor allem darum, deutlich zu machen, dass die Nation nicht einfach negiert werden kann, sondern von der Arbeiterklasse neu gestaltet werden muss. In einem zweiten Beitrag stellt er anhand des Kampfes der KPÖ gegen den „Anschluss“ an Nazi-Deutschland 1938 ein Beispiel dafür vor, wie sich der Nationenbegriff von links besetzen lässt. Aitak Bara-

ni zeigt in ihrem Artikel die Funktion auf, die der Anti-Islamismus zur Formierung von Nationalismus einnimmt und warnt davor, dessen Einfluss auf demokratische Kräfte zu unterschätzen. In Bezug zu unserem Schwerpunktthema steht auch die Frage nach dem Verhältnis von Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung und der Rolle nationaler Besonderheiten. Ein Text von Albano Nunes markiert die Position der PCP in dieser Debatte.

Angesichts des bevorstehenden 21. Parteitags der DKP widmet sich Hans-Günter Szalkiewicz den nächsten Aufgaben der Marxisten. Er plädiert dafür, den ideologischen Klassenkampf in der Partei offensiv zu führen und benennt die Imperialismustheorie, das Parteiverstandnis und die autonome Aktionstatigkeit als die entscheidenden Felder. Mit einem weiteren Feld der Auseinandersetzung in unserer Partei – dem der Bundniskonzeption – befasst sich Thomas Mehner. Er betont die Notwendigkeit für kommunistische Bündnispolitik, stets auf der Grundlage von objektiven Klasseninteressen und -widersprüchen zu operieren. Kurt Baumann untersucht in seinem Beitrag den „Gebrauchswert“ des Marxismus-Leninismus. Er veranschaulicht dabei die praktischpolitische Bedeutung des Begriffs und reagiert auf Versuche, ihn seines Inhalts zu berauben, wie sie zuletzt durch die Bezirksorganisation Südbayern unternommen wurden.

In der politonomischen Diskussion befinden sich zwei Themen hoch im Kurs: Die Wachstumskritik und

„Industrie 4.0“. Während sich Lucas Zeise kritisch mit den „Grenzen des Wachstums“ auseinandersetzt und dabei herausarbeitet, dass diese lediglich „gesellschaftliche Grenzen sind, die das Kapital selbst errichtet“, räumt Helmut Woda mit einigen Mythen auf, die sich in der Diskussion um „Industrie 4.0“ herausgebildet haben, und warnt vor einer weiteren Verschärfung der Klassenwiderspruche. Inwiefern die Gewerkschaftsbewegung ideologisch dafür gewappnet ist, untersucht Ludwig Jost. Er beschäftigt sich mit dem Bündnis „Zukunft der Industrie“ und erkennt in der Politik der Gewerkschaftsführung alarmierende Parallelen zur historischen Burgfriedenspolitik während des 1. Weltkrieges.

Eine in den letzten Heften begonnene Diskussion um Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse führt Ingo Wagner mit seinem Beitrag weiter. Er versucht dabei die Kontroverse zwischen „engem“ und „weitem“ Begriff der Arbeiterklasse aufzuheben, indem er das Augenmerk auf den „gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“ lenkt.

Am Ende des Heftes stehen zwei Beiträge zur aktuellen Antifa-Debatte: Dagmar Henn beschäftigt sich mit dem Anteil des deutschen Imperialismus an den faschistischen Entwicklungen in der Ukraine und Markus Bernhardt versucht Schlussfolgerungen für die Linke aus der Pegida-Bewegung zu ziehen.



NACHRUH

RENATE MÜNDER

1942-2015

Am 8. August 2015 ist unsere Genossin Renate Münder gestorben. Renate wurde 73 Jahre alt. Zusammen mit Hans Heinz Holz gehörte sie zu den Initiatoren und Gründern von *Theorie & Praxis*. Über lange Jahre war sie verantwortliche Redakteurin und für viele das Gesicht unseres Blattes.

Zu den Konstanten in Renates politischem Lebensweg gehörte die Einsicht, dass die Arbeiterklasse ohne eine revolutionäre Partei nicht in der Lage ist, die herrschende Klasse der Bourgeoisie zu besiegen. Dazu bedarf es einer Partei, die sich von den Fesseln des Opportunismus befreit. Diese Erkenntnis führte Renate zunächst in den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Nach der Konterrevolution in der Sowjetunion und in den sozialistischen Staaten Europas standen scheinbar alle revolutionären Einsichten zur Disposition. Renate gehörte zu denen, die sich vom Geschrei der Sieger nicht irre machen ließen. Sie gehörte zu denen, die überzeugt waren, dass der Sieg der Konterrevolution nicht das Ende der Geschichte bedeutete. Die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Roten Oktober führte bei ihr zu der Einsicht, dass die DKP in Deutschland zu den wenigen Organisationen gehörte, die das revolutionäre Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse nicht aufgaben. Renate bewies Konsequenz und Mut: 1997 trat sie in die DKP ein. Und Renate legte sich ins Zeug. Sie war – wie man sagt – ein politischer Kopf, aber sie scheute nicht die Mühen der konkreten Parteiarbeit. In der DKP übernahm sie Funktionen von der Gruppenebene bis zum Parteivorstand und verschaffte sich durch ihren Einsatz in wenigen Jahren Respekt und Anerkennung in ihrer „neuen“ Organisation.

Renate war gleichzeitig ein kritischer Kopf. Es ging ihr um reale Schritte, um aus der DKP wieder in eine handlungsfähige, marxistisch-leninistische Partei zu machen. Sie warf Fragen auf, die manchem ungewohnt und unbequem waren und erkannte früh, dass auch innerhalb der DKP revisionistische Positionen als scheinbar neue, moderne Antworten auf die Herausforderungen der Periode nach 1989 auftauchten. Renate war streitbar und traute sich, diese Fragen in der Partei aufzuwerfen. Streitbar war sie auch in der konkreten Redaktionsarbeit. Pfusch, halbe Sachen und faule Kompromisse waren nicht ihre Sache. Ihr Handeln war jedoch von einer solidarischen Grundhaltung geprägt: Nie verlor sie das gemeinsame Ziel aus den Augen, nie ließ sie Genossinnen und Genossen im Stich. Es war ein Gewinn, mit ihr zusammenzuarbeiten.

Renate war eine vorbildliche Genossin, kein kommunistisches Über-Ich; von ihr konnte man sich etwas abgucken, von ihr konnte man etwas lernen, ohne von oben herab belehrt zu werden. Dabei kannte sie sich in der marxistischen Theorie aus: Sie war in der Lage, politische Realität mit den Mitteln marxistischer Theorie zu analysieren *und* die Resultate ihres Nachdenkens verständlich zu machen. Wort und Tat stimmten bei ihr überein. Theoretisches Erkennen und praktische politische Arbeit stellten eine Einheit dar. Dafür stand sie; das verschaffte ihr Respekt.

Renates Tod reißt eine große Lücke in die Reihen der Redaktion von T&P. Renates Persönlichkeit können wir nicht ersetzen, aber wir werden versuchen, T&P in unserem gemeinsamen Sinn als streitbares marxistisch-leninistisches Blatt fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

Johannes Magel

KOMMUNISTEN UND NATION

Das Verhältnis der Kommunistinnen und Kommunisten zur Nation war stets Gegenstand von Auseinandersetzungen und Diskussionen. Dies alleine ist Grund genug, sich mit diesem Bereich des Überbaus zu beschäftigen und als Feld der eigenen bewussten Bearbeitung anzunehmen.

Marx und Engels definieren die Nation nicht. Sie behandeln die Nationen als realen geschichtlichen Faktor. Die real existierenden Nationen sind entstanden oder geschmiedet worden, um einen geographisch oder bevölkerungsmäßig, meist sprachlich und kulturell umgrenzten Markt zu schaffen, dessen Teilnehmer sich verlässlichen und gültigen Regeln zu unterwerfen haben. Die Triebkraft von Nationenwerdung ist das Bemühen einer werdenden Bourgeoisie, sich einen kapitalistischen Arbeits-, Güter- und Kapitalmarkt zu organisieren. Nicht anders definiert übrigens Stalin die Nation, der sie als „historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen“ bezeichnet, „entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache; des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“ [1]. Die Nation stellt demnach eine klassenübergreifende Gemeinschaft dar. Sie ist damit aber keineswegs klassenneutral, sondern stets bestimmt durch die je herrschende Klasse. Naheliegender ist deshalb die Feststellung aus dem Kommunistischen Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“ [2]. Und Bebel konterte den Vorwurf des „vaterlandslosen Gesellen“ stets mit der Erklärung, warum der Nationalstaat für die Herrschaft der Bourgeoisie notwendig gewesen sei. Das Proletariat wolle aber die Internationalität weiterentwickeln. Dazu müsse es sich die politische Herrschaft erobern, sich als nationale Klasse konstituieren.

Der proletarische Internationalismus des „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ war Kennzeichen der revolutionären Sozialdemokratie. Mit ihm führte sie den Kampf gegen die

Unterdrückung und Ausbeutung fremder Nationen und den Kampf gegen den Krieg, der solche Unterdrückung zum Ziel hatte. Der Verrat der Sozialdemokratie an diesem Internationalismus, der durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 markiert wird, war daher nicht zufällig gleichbedeutend mit der revisionistischen Abkehr vom Marxismus und dem opportunistischen Übergang, fortan nicht mehr als Kampforganisation gegen die Herrschaft des Kapitalismus zu fungieren, sondern zur Stütze dieser Herrschaft zu werden.

Keine abstrakten und formalen Prinzipien

Doch mit der Festlegung, dass der Kampf der Arbeiterklasse seinem Wesen nach international ist und auch nur international sein kann, ist die Bestimmung des Verhältnisses von Kommunistinnen und Kommunisten zur Nation noch nicht hinreichend geklärt. Lenin hat im Juni 1920 Thesen zur nationalen Frage formuliert und diese zur Diskussion an Stalin und andere Genossen geschickt. Dort schrieb er: „Die kommunistische Partei, die dem Kampf des Proletariats um die Abschüttelung des Jochs der Bourgeoisie bewusst Ausdruck verleiht, darf entsprechend ihrer grundlegenden Aufgabe, die bürgerliche Demokratie zu bekämpfen und die Verlogenheit und Heuchelei dieser Demokratie zu entlarven, auch in der nationalen Frage keine abstrakten und keine formalen Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern muss ausgehen: erstens von einer genauen Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation; zweitens von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlechthin, der die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet; drittens von einer ebenso klaren Unterscheidung zwischen unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten und unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen, im Gegensatz zu dem bürgerlich-demokratischen Lug und Trug, vermittels

dessen man die der Epoche des Finanzkapitals und des Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Versklavung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs durch eine verschwindende Minderheit der reichsten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zu vertuschen sucht.“ [3]

Gleich im ersten Teilsatz fordert Lenin, in der nationalen Frage keine abstrakten und formalen Prinzipien in den Vordergrund zu rücken und beschreibt diese Forderung als Folge der grundlegenden Aufgabe der Kommunistischen Partei, „die Verlogenheit und Heuchelei“ der bürgerlichen Demokratie zu entlarven. In der Tat erweist sich ein von den konkreten historischen Bedingungen der Nation abstrahierender Bezug auf diese, stets sowohl als Ausdruck als auch als Einfallstor bürgerlicher Ideologie.

Für die zur Macht drängende Bourgeoisie war die Nation geprägt durch die Gemeinschaft der auf einem einheitlichen Markt agierenden Subjekte. In der Feudalgesellschaft galt der Staat als Privatangelegenheit von König oder Fürst und die Bevölkerung stand lediglich zwecks Abgaben, Frondiensten oder als Soldaten zu ihm in Beziehung. In Abgrenzung dazu war es eine notwendige Bedingung für den Machtantritt des Bürgertums, die Freiheit und Gleichheit aller zu proklamieren, die fortan frei ihre Beziehungen am Markt per Vertrag regeln sollen und in genau diesem Sinn zu Angehörigen der Nation werden. Gleichzeitig galt anderen Nationen gegenüber – die ebenso konstituiert waren – Gleichberechtigung. Ein Verhältnis, das von den aufklärerischen, liberalen Vordenkern in den dazu passenden Begründungen eines Völkerrechts formuliert wurde.

Doch – wie Marx und Engels im Manifest schreiben: „In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat“ [4]. Der grundlegenden Tatsache, dass die entstehende Arbeiterklasse ein ebenso notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft ist, wie die Kapitalisten-



klasse selber, entspricht auf der Ebene des Überbaus, dass sich diese Arbeiterklasse ein eigenes Verständnis von der durch die Bourgeoisie proklamieren Gleichheit aller Angehörigen der Nation bilden konnte. Das Proletariat – wo es Klassenbewusstsein entwickelte – hörte bei „Gleichheit-Freiheit-Brüderlichkeit“ nicht das kapitalistische Prinzip der gleichermaßen für alle zu akzeptierenden Durchsetzungsfähigkeit am Markt heraus, sondern sein Interesse galt der real verwirklichten Gleichheit. Der „Wohlstand der Nation“ sollte nicht länger der Wohlstand Einzelner, sondern der ganzen Nation sein. Es ist dieser Anspruch, der im Manifest festgehalten ist in der Forderung, das Proletariat muss „sich selbst als Nation konstituieren“. Der Kampf der Arbeiterklasse ist, bedingt durch die inhaltliche Bestimmung seines Ziels, seinem Wesen nach international. Aber er muss und kann nur auf dem Boden des Nationalstaats geführt werden. Der Kosmopolitismus und die abstrakte Negation der Nation ist eine der Formen, in denen bürgerliche Ideologie sich in das Bewusstsein der Arbeiterklasse drängt. Die Abstraktion von den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes ist auch hier der Türöffner. Bürgerliche Ideologie in den Köpfen der Arbeiterklasse befördert aber nicht den Kampf des Proletariats, sondern stellt stets eine Niederlage im Klassenkampf dar und dient der Herrschaft der Bourgeoisie. Schon Marx sprach von der Vereinigung und Verbrüderung der Nationen unter kapitalistischen Verhältnissen als Phrase, hinter der die Realität der „Verbrüderung der Unterdrückten gegen die Unterdrückten“ steht. Die heutige reformistische Parole einer „Neugründung der EU“ mit vermeintlich demokratischem und fortschrittlichem Charakter, wie sie bei der PdL, der Europäischen Linkspartei und den Verfechtern einer fortbestehenden Mitgliedschaft der DKP in der ELP auch in unseren Reihen auftritt, basiert auf solcher bürgerlicher Ideologie.

Die fortschrittliche Aufhebung der Nation

Mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus musste der bürgerliche Nationenbegriff sich gemäß der Entwicklungen in seiner ökonomischen Basis ändern: Aus dem bürgerlich-liberalen Nationalismus musste bür-

gerlich-imperialistischer Nationalismus, Chauvinismus, werden. Das Ein-schwören auf die „Einheit der Nation“ dient nun mehr der Verschleierung von real gegensätzlichen Klasseninteressen innerhalb der Nation und der ideologischen Ausrichtung der unterdrückten Klassen auf ein allgemeines „Volksinteresse“, welches jedoch stets nichts anderes ist, als das Interesse der herrschenden Klasse. Nationalismus tritt als Integrationsideologie auf, zum Kampfmittel gegen die inneren und äußeren Gegner der Bourgeoisie.

Und dennoch bleiben das proletarisch als Verwirklichung realer Gleichheit verstandene Versprechen vom „Wohlstand der Nation“ und die Realität des – im Rahmen nationaler Verfasstheit der bürgerlichen Gesellschaft zu führenden – Klassenkampfes unverzichtbare Orientierungspunkte für Kommunistinnen und Kommunisten. Sich hiervon abzukoppeln, ist gleichbedeutend damit, sich von den realen Linien des Klassenkampfes abzukoppeln und in abstrakte Scheinlösungen hinwegzudenken. Dieser Fehler tritt dabei sowohl in rechts- als auch in „links“-opportunistischer Gestalt auf. Unsere Aufgabe ist es stattdessen, den Zusammenhang von sozialer und nationaler Befreiung in den realen Kämpfen erfahrbar zu machen. Die fortschrittliche Aufhebung der Nation erfolgt nicht als abstrakte Negation, sondern durch die reale Überwindung der Klassenherrschaft. Marx formulierte dies 1847: „Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist zugleich der Sieg über die nationalen und industriellen Konflikte, die heutzutage die verschiedenen Völker feindlich einander gegenüberstellen. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist darum zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen.“ [5]

Die Zumutungen der in Europa vorherrschenden Konzerne, die als Politik der EU-Administration den Menschen gegenübertritt, generiert Protest und eventuell den Widerstand der von ihr Betroffenen. Das gilt analog ebenso für die Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Wenn die Betroffenen die Souveränität „ihrer“ Nation gegen solche Zumutungen verteidigen wollen, ist das kein bürgerlicher Nationalismus, sondern antimonopolistischer Kampf, bei dem es die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, die Klassenlini-

en erkennbar zu machen, die ihm zu Grunde liegen.

Ein so verstandener Bezug von Kommunistinnen und Kommunisten zur Nation ist jedoch nicht zu verwechseln mit dem opportunistischen Versuch, sich dem bürgerlichen Nationalismus anzudienen. Ein Versuch, der auch nicht besser wird, wenn er als vermeintliche Lehre aus der Volksfrontstrategie der Kommunistischen Internationale ausgegeben wird [6]. Die bürgerliche Nation ist Nation der herrschenden Bourgeoisie. Ihr Nationalismus hat im Laufe der Zeit seinen Charakter verändern können. Er hat sich vom Ausdruck einer fortschrittlichen, gegen den Feudalismus gerichteten Bewegung zum Ausdruck der verfaulenden Herrschaft einer reaktionären Klasse im Imperialismus gewandelt: zum Chauvinismus, der die Beherrschung und Vernichtung anderer Nationen im Interesse der „eigenen“ Nation legitimiert. Aber auch vor dieser Änderung seines Charakters im Zuge der Herausbildung und Durchsetzung des Monopolkapitalismus war der Nationalismus bürgerlicher Nationalismus, d. h. Herrschaftsideologie der Kapitalistenklasse. Dies zu vergessen ist eine Falle, in die jeder tappt, der sich heute auf die Nation berufen will, ohne zugleich deren bürgerlichen Klasseninhalt zu bekämpfen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] J. Stalin, Marxismus und nationale Frage, 1913, Werke Bd.2, S. 163
- [2] K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, MEW 4, S. 79
- [3] W. I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage, 1920, LW 31, S. 133
- [4] Marx/Engels, Manifest, MEW 4, S. 468
- [5] K. Marx, Reden über Polen, 1847, MEW 4, S. 416
- [6] Vgl. bspw. D. Dehm, Antifaschismus, Alltagsbewusstsein und Political Correctness, Marxistische Blätter 3/2015



DIE BEDEUTUNG DER NATION FÜR EINE REVOLUTIONÄRE STRATEGIE

Welche Rolle spielt die „nationale Frage“ in einer Strategie zur Überwindung des Kapitalismus? Die Antwort darauf gehört für die Arbeiterbewegung zu den schwierigsten. Und so hat es hier in der Geschichte des Sozialismus immer wieder abrupte Positionswechsel gegeben. Auch heute herrscht in weiten Teilen der Linken Unklarheit darüber. Oft wird die Frage schlicht negiert, etwa in der Parole „No Border – No Nation“, eine Position, die von anarchistischen bzw. libertären Kräften verbreitet wird, und die bis in kommunistische Kreise hineinwirkt. Klarheit über die Nation ist für die sozialistische Bewegung heute aber vor allem unter zwei Aspekten wichtig: Es geht um ihre Rolle beim Kampf um gesellschaftliche Veränderungen, und es geht um ihre Bedeutung in einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Die Nation neu gestalten

Zur ersten Frage: Karl Marx spricht im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie über die Bedingungen, die für grundlegende Umwälzungen Voraussetzung sind. Danach müsse „stets unterschieden“ werden „zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen – kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten“ [1]. Die von Marx dargestellte Konstellation ist somit eine dreigliedrige: Produktivkräfte – Produktionsverhältnisse – gesellschaftliche Bewusstseinsformen.

Antonio Gramsci knüpft in seiner Analyse der Gründe für die Niederlage der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern nach 1918/19 an diese Aussage von Marx an. Er steht dabei vor der Situation, dass – anders als im unterentwickelten zaristischen Russland, wo

den Bolschewiki in einem Überraschungsangriff, d. h. in einem „Bewegungskrieg“, der Sieg gelang – in den gefestigten Zivilgesellschaften des Westens der „Stellungskrieg“ dominiert. Gramsci spricht von der hier notwendigen schrittweisen Eroberung von Bastionen, die anschließend als Ausgangspositionen für weiteren Terraingewinn dienen können. Er beschreibt ein lange währendes Ringen, das schließlich in der Errichtung der gesellschaftlichen Hegemonie der Arbeiterbewegung mündet. Die Nation bildet den politischen und kulturellen Rahmen für dieses Ringen, denn die von Marx benannten „juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen – kurz ideologischen Formen“ existieren nun einmal nur als Elemente jeweils national organisierter Gesellschaften.

Hans-Heinz Holz beschreibt die von Gramsci ausgearbeitete Strategie für das Vorgehen im Westen wie folgt: „Die Herrschaft der Arbeiterklasse kann nicht in einem Frontalangriff als ‚Diktatur des Proletariats‘ errichtet, *durch* die Diktatur des Proletariats gesichert und durch den darauffolgenden Aufbau der kulturellen Führungsrolle des Proletariats ausgestaltet werden; vielmehr geht es darum, schon unter den Bedingungen der noch ausgeübten Staatsmacht der Bourgeoisie eine neue Kultur der Arbeiterklasse aufzubauen, die die gesamte Nation durchdringt und so allmählich die Neuformierung des politischen Verhaltens und Wollens bewirkt. Will die Arbeiterklasse die Hegemonie erringen [...], so muss sie die in der Defensivstellung des Bürgertums verkümmerte und zerfallende, schöpferische kulturelle Energie mit ihren eigenen Leistungen ersetzen und sich zugleich die nationalen Traditionen aneignen, um die ganze Nation von sich aus zu integrieren. Der Stellungskrieg wird geführt auf dem Boden der nationalen Besonderheiten“ [2]. Und an anderer Stelle heißt es bei Holz: „Die Arbeiterklasse muss im Stellungskrieg ihre Kultur entwickeln – als ihre eigene neue, die das kulturel-

le Erbe der Nation und der Menschheit aufnimmt und weiterführt. Die Kultur der Unterdrückten ist ein Teil der Nationalkultur, und sie enthält deren progressive, von der herrschenden Klasse nicht eingelösten Sinn-Entwürfe: Theoretische Konzepte, Werte, Lebensziele“ [3].

Damit ist klargestellt: Die Nation darf weder – wie es die Anarchisten tun – negiert werden, noch darf sie als ein Bestandteil der alten, zu überwindenden Gesellschaft abgetan werden. Die Arbeiterbewegung muss sich vielmehr der in ihr enthaltenen fortschrittlichen Elemente annehmen, und sie muss in der Lage sein, die Nation neu zu gestalten.

Die Nation verschwindet nicht im Sozialismus

Kommen wir zur zweiten Frage: Wird eine künftige sozialistische Welt weiterhin aus Nationalstaaten bestehen? Und wenn ja, wie sollen sich diese Staaten zueinander verhalten? Dies sind keineswegs theoretische Fragen, die erst in ferner Zukunft zu beantworten sein werden. Während der 70 Jahre Realsozialismus standen sie bereits auf der Tagesordnung, und es existieren heute weiterhin Länder wie China, Vietnam und Kuba, die sich zumindest auf dem Weg zum Sozialismus sehen und ihr Verhältnis zueinander zu klären haben.

Nach der russischen Revolution wählte man sich im Überschwang der Begeisterung an der Schwelle einer völlig neuen menschlichen Gesellschaft, in der es nicht mehr länger die Familie, das Geld, den Unterschied von Stadt und Land, die Religion, die Eigenständigkeit der Kunst, das Verfassungsrecht und natürlich auch nicht die Nation geben sollte. An ihre Stelle sollte die „sozialistische Weltrepublik“ treten. Rosa Luxemburgs Geringschätzung der nationalen Frage ist bekannt. Doch auch der sonst so realistische Lenin lässt sich vom Utopismus einer Welträtereublik hinrei-



ßen. In seiner Rede bei der Schließung des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale (KI) am 6. März 1919 verkündet er: „Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher. Die Gründung der Internationalen Räterepublik wird kommen“ [4]. Der italienische Philosoph Domenico Losurdo erklärt diese Geringschätzung der Nation in der revolutionären Arbeiterbewegung aus den Erfahrungen des I. Weltkriegs: „Der patriotische Fanatismus und die nationalen Hassgefühle, zum Teil ‚spontan‘, zum Teil geschickt geschürt, haben zum Gemetzel des imperialistischen Krieges geführt. Es wird ein dringendes Erfordernis, ein ganz neues Kapitel der Geschichte anzufangen. Hier taucht in bestimmten Sektoren der kommunistischen Bewegung ein unrealistischer Internationalismus auf, der dahin tendiert, die verschiedenen nationalen Identitäten als bloßes Vorurteil abzutun“. [5]

Lenin wird seine Sicht später korrigieren, etwa auf dem IV. Kongress der KI, wo er angesichts der Stabilisierung des Kapitalismus in Europa vom notwendigen „Rückzug“ bzw. von einem „Rückzugsplan“ spricht und dies ausdrücklich auch auf die „westeuropäischen fortschrittlichen Länder“ bezieht [6]. Und doch lebt der Utopismus einer „sozialistischen Weltrepublik“ in der Kommunistischen Internationale bis zu ihrer Auflösung 1943 fort, in der das sowjetische Modell als einzig mögliche sozialistische Gesellschaftsform kanonisiert wird und damit zugleich nationale Unterschiede negiert werden. Holz sagt über diese Zeit: „Der Mythos von der Sowjetunion als dem Vaterland aller Werktätigen entstand; der Internationalismus, der in dem Aufruf ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ intendiert ist, orientierte sich an einem Zentrum, von dem her die politische Praxis gesteuert und an dem die richtige Theorie gelehrt wurde. Die kommunistische Bewegung geriet in den Bann einer von romantischer Emotionalität getragenen Russophilie, die sich unter dem Eindruck des heldenhaften Kampfes der Sowjetunion gegen die hitlerdeutschen Invasionsarmeen und der ungeheuren Kriegsoffer, die dieses Land brachte, noch verstärkte“. [7]

Auch nach 1945 diente die beschworene „Einheit des revolutionären Weltprozesses“ der Durchsetzung einer auf die außenpolitischen Bedürfnisse der Sowjetunion abgestimmten Politik. Doch die neue Stärke einiger kommunistischer Parteien, die sie im antifaschistischen Widerstand ihrer Länder errungen hatten, veränderte die Situation: „Diskrepanzen zwischen den staatspolitischen Interessen der Sowjetunion und den Erfordernissen einer aus nationalen Besonderheiten entwickelten Parteistrategie in anderen Ländern konnten nun entstehen und ließen sich nicht einfach mehr durch das Primat der KPdSU aus der Welt schaffen“ [8]. Es kam zu Spaltungen in der kommunistischen Weltbewegung: 1948 scherte Jugoslawien, 1960 China aus. Schließlich lösten sich auch nicht-regierende kommunistische Parteien aus dem Schatten Moskaus. Als erstes gelang dies der japanischen KP gefolgt von der italienischen unter Führung Palmiro Togliattis.

Es erwies sich letztlich als unmöglich, die Oktoberrevolution zu exportieren. Der italienische Kommunist und Historiker Luciano Canfora spricht vom „Bankrott einer Ideologie“: „Die Geschichte der 46 Jahre, die zwischen dem Mai 1945 und der Auflösung der UdSSR (Dezember 1991) liegen, ist die Geschichte von Verwaltung, Krise und Verspielen des Kapitals an Ansehen, das man dadurch errungen hatte, dass man ‚die Freiheit‘ nach Europa ‚gebracht‘ hatte. Nach Mittel- und Osteuropa, aber als Bezugspunkt (Modell, Anreiz) auch zu den antifaschistischen Kampfgenossen jeglicher Ausrichtung in der anderen Hälfte des Kontinents“ [9]. Erst dadurch erhielt der wütende Antikommunismus jener Kräfte im Westen, die sich mit den Ergebnissen des II. Weltkriegs nie abfinden wollten, seine Chance.

Am Schicksal des untergegangenen europäischen Sozialismus hat sich gezeigt, dass die Antwort auf die Frage nach der Nation von zentraler Bedeutung ist: Dabei begangene Einschätzungsfehler werden von der Geschichte grausam bestraft.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] MEW 13, S. 9.
- [2] H. H. Holz, Theorie als materielle Gewalt. Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie. Band 2, Berlin 2011, S. 131.
- [3] Ebenda, S. 69.
- [4] LW 28, S. 490.
- [5] D. Losurdo, Flucht aus der Geschichte? Die russische und die chinesische Revolution heute, Neue Impulse Verlag, Essen 2009, S. 102.
- [6] LW 33, S. 406.
- [7] H. H. Holz, Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus, Carl Hanser Verlag München, 1972, S. 12.
- [8] Ebenda, S. 13.
- [9] L. Canfora, Die Freiheit exportieren. Vom Bankrott einer Ideologie, PapyRossa Verlag, Köln 2008, S. 37.



DER KAMPF DER ÖSTERREICHISCHEN KOMMUNISTEN UM DIE NATION

Die Kommunisten hätten die österreichische Nation „erfunden“, so heißt es immer wieder einmal. Das mag übertrieben sein, doch richtig daran ist, dass die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) in einer entscheidenden Phase des Landes – im Kampf gegen den „Anschluss“ an Nazi-Deutschland 1938 – eine hervorragende Rolle spielte. Dass sie dazu in der Lage war, verdankt sie ihrem klaren und konsequenten Ja zur österreichischen Nation. Dieses Bekenntnis war seinerzeit keineswegs selbstverständlich, denn im Unterschied dazu trat die österreichische Sozialdemokratie stets für den Zusammenschluss mit Deutschland ein. Otto Bauer, der wichtigste Theoretiker des Austromarxismus, hielt selbst nach dem „Anschluss“ daran fest. Erst nach 1945 bekannte sich auch die SPÖ unzweideutig zu ihrem Land.

Theoretiker der österreichischen Nation

Dem „Ja“ der KPÖ lag eine ausgearbeitete theoretische Position zugrunde. Es lohnt, sie zu studieren, ist sie doch ein gutes Beispiel dafür, wie die „nationale Frage“ von links her aufgegriffen und politisch besetzt werden kann. Für die heutige deutsche Linke ist das von großer Bedeutung, wird ihr Handeln doch nur zu oft von Unverständnis, wenn nicht gar von einem nihilistischen Herangehen an die Nation bestimmt.

Ausgearbeitet wurde die „Theorie der österreichischen Nation“ von Alfred Klahr. Er war von 1935 bis 1937 Leiter der österreichischen Abteilung der Lenin-Schule in Moskau. Nach dem „Anschluss“ 1938 flüchtete er über Prag nach Belgien und schließlich in die Schweiz. Von dort wurde er an die französische Vichy-Regierung ausgeliefert, die ihn an die Gestapo weiterreichte. Als Kommunist und Jude durchlitt Klahr das von den Nazis für seinesgleichen bestimmte Martyrium im KZ Auschwitz. Von dort gelang ihm 1944 unter abenteuerlichen Umständen die Flucht, doch die deutschen

Häscher ergriffen ihn in Warschau erneut und ermordeten ihn. Dass die KPÖ nach 1945 ihr Bildungswerk nach ihm benannte, zeigt die ihm entgegengebrachte große Achtung.

Eine Sammlung der wichtigsten Artikel von Klahr wurde 1994 unter dem Titel „Zur österreichischen Nation“ von der KPÖ herausgegeben [1]. Enthalten sind darin nicht nur Texte von ihm, sondern auch Artikel seiner sozialdemokratischen Gegner, die er kritisierte und die ihn kritisierten. Der Leser hat so die Möglichkeit, die Debatte zu studieren.

Nationale Frage als Klassenfrage

Klahr gab der Nation keine ahistorische Bedeutung, ganz im Gegenteil: Ihm ging es um eine konkrete Analyse der konkreten geschichtlichen Situation, und danach hatte der Sieg des Faschismus in Deutschland „den Prozess der Entwicklung der österreichischen Nation beschleunigt, wie es in der Entwicklung vieler Nationen beim Kampf um die Unabhängigkeit ihres Landes geschah“ (S. 29). Der Erhalt Österreichs wurde zu einer Klassenfrage: „Diese Linie in der nationalen Frage schärft unsere ideologische Waffe gegen den Hitlerfaschismus, den Hauptfeind des internationalen und österreichischen Proletariats. Sie ist ein Schlag gegen die These des Nationalsozialismus, die österreichische Frage sei eine innere Angelegenheit der deutschen Nation, Hitler habe nationale Ansprüche auf Österreich. Nein, die Ansprüche Hitlers sind annexionistische Ansprüche, d. h. sie sind keine Geltendmachung, sondern eine imperialistische Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des österreichischen Volkes, seines Rechtes auf politische und nationale Unabhängigkeit“ (S. 38 f.). [2]

In der Stunde der größten Bedrängnis, am Vorabend des „Anschlusses“, richtete die bereits illegale KPÖ einen Appell zur Zusammenarbeit gegen die äußere Bedrohung an ihren innenpoli-

tischen Todfeind, den seit 1934 an der Macht befindlichen Austrofaschismus. Das Angebot wurde brüsk zurückgewiesen. Nicht wenige der Austrofaschisten wurden anschließend von den Nazis verfolgt und getötet. Dieses Angebot der KPÖ würde heute als Querfrontpolitik denunziert werden, es entsprach aber der damaligen Not der Stunde.

Bei ihrem Beharren auf der Eigenständigkeit ihres Landes konnte die KPÖ auf die geschichtliche Tatsache verweisen, dass Österreich bereits seit Ende des 30-jährigen Kriegs einen eigenen Weg ging. Nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution 1848, in der es auch um die Herstellung der deutschen Einheit ging, vertiefte der Krieg zwischen Österreich und Preußen 1866 erneut den Gegensatz. Nach der Schaffung des Deutschen Reiches unter Führung Berlins war endgültig klar, dass die beiden Länder unterschiedliche Wege gehen.

Sozialdemokratische Illusion

Aus heutiger Sicht aufschlussreich ist, dass die sozialdemokratischen Gegner des kommunistischen Kampfes für die österreichische Nation schon damals auf die Illusion eines sozialistischen vereinten Europas setzten. So erklärte der unter dem Namen Fritz Valentin schreibende Sozialdemokrat Karl Czernetz nach dem „Anschluss“: „Wir revolutionäre Sozialisten haben jetzt gegen die rückschrittliche Parole der Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit nicht mehr bloß mit der Losung der gesamtdeutschen Revolution aufzutreten, sondern als Verfechter der europäischen Revolution, die für die Schaffung der Vereinigten sozialistischen Staaten Europas kämpfen.“ (S. 183)

Was die Illusion über ein vereintes Europa angeht, so dürfte die heutige KPÖ – als Mitglied der Europäischen Linkspartei – es ähnlich wie damals Fritz Valentin sehen. Von den Positionen Alfred Klahrs hingegen, „ihres



wohl bedeutendsten theoretischen Kopfes“ (S. 10), wie ihn die KPÖ noch 1994 bezeichnete, ist in der Partei nicht mehr viel übrig geblieben.

Quellen und Anmerkungen:

[1] A. Klahr, Zur österreichischen Nation, Globus Verlag Wien, 1994. Zitate daraus finden sich im Text in Klammern.

[2] Vgl. dazu auch T. Zenker, Österreich 1938, Hintergründe, Vorgeschichte und Folgen des „Anschlusses“, Der Drehbuchverlag Wien, 2008.



Aitak Barani

DER KITT DES NEUEN NATIONALISMUS: ANTI-ISLAMISCHER RASSISMUS

Das Jahr 2015: Schwarz-rot-goldene Fahnen, die Nationalhymne, flatternde Israelfahnen, aber auch etliche andere europäische Farben – Aufnahmen auf Demonstrationen der Neuen Rechten in der Bundesrepublik, sei es Pegida, HogeSa, „Freie Bürger“ oder wie sie sich auch nennen mögen.

Ist der alte Nationalismus europäisiert? Ist der deutsche Chauvinismus überholt worden von einer europäischen Rechten? Wurde die alte deutsch-nationale Reaktion abgelöst von einem auf breiter gesellschaftlicher Basis konsensfähigen neuen Nationalismus, der Demokratie, Zivilisation und Menschenrechte im Munde führt?

Nein. Er wurde nicht abgelöst, er wurde in den neuen Nationalismus integriert. Mögen noch einzelne, wohl nunmehr irrelevante Teile dieses neuen Nationalismus aus alter Gewohnheit sich angeekelt vom ‚Mob‘ abwenden oder gar an Demonstrationen gegen die Neue Rechte teilnehmen, mögen Staatsvertreter, Repräsentanten von Kirche und so genannter Zivilgesellschaft ein Hohelied auf Toleranz und Respekt anstimmen, sie alle sind sich klassen- und schichtenübergreifend einig: der Islam ist eine antizivilisatorische Gefahr für die bürgerliche Demokratie.

Der antiislamische Rassismus erweist sich als besonders geeignet für das neue Nationalgefühl, weil er unterschiedlichste Strömungen und auch die alten und reaktionären Kräfte integriert: er ist der Kitt für den neuen Nationalismus.

Eine Nation – ein Feind – ein Schild

Ein Ereignis führte uns dieses Phänomen Anfang des Jahres vor Augen: es war der Anschlag auf das Büro des Pariser Satire-Magazins Charlie Hebdo. Es muss hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden, wer alles zum Zwecke der Verteidigung der Meinungsfreiheit entweder auf die Straße ging oder sich symbolisch mit Trauerschildern und Bekenntnissen schmückte. Die Nation stand für einen Moment zusammen. Dieser Moment dauerte nicht lange. Die Quelle (oder auch Quellen im Plural, denn es sind viele ihrer Art), aus der er geschöpft wurde und die Konsequenzen, die sich aus ihm ergeben, sind zu untersuchen:

Der Nationalismus als gemeinsamer Taumel, als blindes Gefühl, endlich über Klassen und Weltanschauungen hinweg einmal zusammenzustehen, kann heute aus so unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen, Bewegungen, Akteuren geschöpft werden, dass es – trotz aller Widersprüche – möglich ist, punktuell einen nationalen Konsens herzustellen. Dieser ist sich – das ist die hier aufgestellte These – in der Feinderkennung einig: dem Islam.

Der Islam als Projektionsfläche

Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Protagonisten offen anti-islamisch auftreten oder ihre Islamfeindlichkeit hinter Begriffen wie „Islamismus“, „Fundamentalismus“ oder „Salafismus“ verstecken. Es spielt auch keine Rolle, ob es so etwas wie den politischen Is-

lam wirklich gibt oder nicht oder überhaupt, was es mit dem Islam auf sich hat. Es geht ja schließlich dem neuen Nationalismus nicht um den wirklichen, historischen und gegenwärtigen Islam und seine unterschiedlichen Strömungen, es geht ihm auch nicht um die Genese des politischen Islam, der ohne kolonialen Hintergrund und antikommunistische Aktivitäten westlicher Imperialisten nicht zu verstehen ist. Dabei geht es mehr um ein „Wir“, als um ein „sie“. Die Anderen interessieren nur als Projektionsfläche für das, was „wir“ nicht sind. Die Protagonisten dieser Agitation muss man nicht mehr bei plumpesten, altbackenen Rassisten suchen, sondern finden sich in unverdächtigen Kreisen, wie dem antifaschistischen, autonomen, demokratischen und liberalen Spektrum. Das Phänomen der positiven Identifikation mit dem bürgerlichen Staat lässt sich z. B. bei so genannten Antinationalen oder Antideutschen finden. Beide Namen sind äußerst irritierend, aber im alltäglichen Gebrauch geläufig geworden. Antifaschismus, der sich schützend vor den bürgerlichen Staat wirft, weil dieser vermeintlich von äußeren Feinden bedroht zu werden scheint. Diese positive Bezugnahme auf den bürgerlichen Staat ist eine Quelle des neuen Nationalismus.

Es ist keinem aufmerksamen Beobachter entgangen, dass der Islam in öffentlichen Debatten, Kampagnen und anderen Foren dazu dient, die eigene Gemeinschaft als besonders tolerant zu bestätigen, z. B. im Umgang mit Frauen und Homosexuellen. Der Rahmen dieses Artikels erlaubt keine Zitate, die verdeutlichen, wie in der Konse-

quenz eine Abgrenzung von der islamischen, vermeintlich „vorbürgerlichen“ Welt zu einer Identifikation mit dem bürgerlichen Staat geführt hat. Vor dem Hintergrund von Terroranschlägen, die mit dem Islam in Verbindung gebracht werden oder in Diskussionen um Ehrenmorde oder aktuell in Bezug auf den so genannten Islamischen Staat (IS), steigerte sich der Druck der scheinbaren Notwendigkeit nach einer starken Hand.

Wir gegen die

Eine weitere Quelle ist die genuin liberale Strömung. Hier steht die Konstruktion „Wir: Freiheit und Demokratie“ gegen „Die: archaisches Mittelalter“ besonders krass. Durch die Spaltung der AfD zwischen dieser Strömung und der deutschnationalen Strömung sollten wir uns nicht in die Irre führen lassen. Die Liberalen stehen in der Front des neuen Nationalismus ganz vorne. Nur wollen sie nicht in die Schmutzdecke des alten, miefigen Deutschnationalen. Gibt es aber ein entsprechendes Ereignis, wie z. B. das Attentat gegen die Redaktion des Satire-Magazins Charlie Hebdo, stehen die neuen und alten Nationalisten in ihren jeweiligen Blöcken und repräsentieren die Vielfalt ihrer Bewegung.

Der neue Nationalismus schöpft aus weiteren Quellen: christliche, vor allem christlich-fundamentalistische, völkische, reaktionäre und chauvinistische Kreise. Diese sind inzwischen so flexibel, dass sie trotz ihrer historischen Affinität zum modernen Antisemitismus in der Lage sind, heute von einer christlich-jüdischen Tradition zu schwafeln und eine pro-israelische Position einzunehmen. Viel wichtiger aber sind die liberalen und bürgerlich-demokratischen Kräfte, die im Islam ihren antidemokratischen Hauptfeind zu erkennen glauben. Sie werden verstärkt von Kräften im linken und linksradikalen Spektrum, stark vertreten in der PdL und der Linksjugend solid, aber auch in Autonomen Zentren. Der Islam scheint für alle diese Kräfte – die für offenen Rassismus und Nationalismus nicht empfänglich zu sein scheinen – als die Antithese zur bürgerlichen Demokratie schlechthin. So geschieht es, dass eine ganze Nation – sei es auch (noch) einmütig – mit anderen Nationen zusammenstehen kann und womöglich entweder den inneren

Feind oder den äußeren zu bekämpfen sich aufstellt.

Nur so erklärt sich auch, wie einfach es dem deutschen Staat mittlerweile fällt, sowohl Militarismus, als auch Sondergesetze im Inneren ohne größere Widerstände umzusetzen.

Kollektive Identitätsstiftung

Nationalismus erfüllt die Funktion der kollektiven Identitätsstiftung. Er wirkt über gesellschaftliche Klassen und Schichten hinweg. Mit welchen Inhalten das am besten gelingt, ist historisch bedingt. Heute gelingt das am besten mit den Schlagworten „Demokratie, Menschenrechte, Zivilisation“. Was auf den ersten Blick ganz nett erscheint, entpuppt sich als aggressiver Nationalismus. Tatsächlich werden diese Begriffe sinnentleert und dienen zur Legitimation barbarischer Vernichtungskriege gegen ganze Landstriche auf der Welt. Die Stichwortgeber des neuen Nationalismus waren von Anfang an Protagonisten aus dem weitgefächerten linken, meist antikommunistischen Spektrum, aus der so genannten antiautoritären Bewegung: Grüne, Autonome, Basisdemokraten etc. Das prominenteste Beispiel: Joschka Fischers Legitimation des Jugoslawienkrieges mit dem Argument, kein zweites Auschwitz zulassen zu können. Seitdem wurden aber fast alle Kriege und Interventionen in ähnlicher Weise legitimiert. Gleichzeitig wurden im Inneren zum vermeintlichen Schutze insbesondere von Frauen und Homosexuellen alle antiislamischen Karten gezückt, die man sich vorstellen kann, um ein zwar verlogenes, aber trotzdem (!) effektives Eigenbild einer emanzipatorischen Gesellschaft zu zeichnen. Das mag vielen alten Rechten nicht schmecken, aber sie scheinen sich damit wohl zu arrangieren und lernen im Prozess der Neudefinition des ‚Deutschen‘ das Vokabular zu verwenden, was en vogue ist.

Die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Protagonisten und Akteuren des neuen Nationalismus können hier und da aufbrechen und zu Dissonanzen führen. Ist aber erst einmal ein allgemein übergreifendes common feeling hergestellt – und das ist schon längst der Fall – fallen sie nicht mehr so sehr ins Gewicht. Dieses Gefühl beinhaltet Superiorität und

eine höhere Moral, für die es sich lohnt zu kämpfen. Die schon hergestellte Verbindung zu reaktionären, auf alte Deutschtums-Traditionen zurückgreifende, chauvinistischen Kräfte mitsamt ihrer verrohten Bodentruppen, wie sie bei Pegida erkennbar sind, lässt Schlimmes für dieses Land befürchten. Antifaschistinnen und Antifaschisten müssen sich dringend an die Arbeit machen, ein tiefes Verständnis für den neuen Nationalismus zu entwickeln, den Neofaschismus zu analysieren und antifaschistischen Widerstand aufzubauen. Eine Appeasementpolitik mit denjenigen, die unaufhörlich daran arbeiten, den neuen Nationalismus ideologisch zu unterfüttern, ist Gift für die Bewegung.



Vorbemerkung der Redaktion

Eine Frage, die auch unser Schwerpunktthema berührt, wird international in der kommunistischen Bewegung diskutiert: Das Verhältnis von Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung, die sich mit Hilfe des Marxismus-Leninismus beschreiben lassen und der Rolle nationaler Besonderheiten. Wir bringen in Auszügen einen übersetzten Text von Albano Nunes, Mitglied des Sekretariats des ZK unserer portugiesischen Schwesterpartei, der die Position der PCP in dieser Debatte erklärt. Ein weiterer lesenswerter Text mit einer anderen Positionierung zu dieser Frage stammt von unserer griechischen Schwesterpartei KKE. Im Rahmen dieses Heftes konnten wir ihn aus Platzgründen nicht aufnehmen. Er wird jedoch auf unserer Internetseite veröffentlicht und wir sehen beide Texte als Aufforderung, diese Debatte konstruktiv auf breiter Basis weiterzuführen.

Albano Nunes, Mitglied des Sekretariats des ZK der PCP

DIE WELTWEITE KOMMUNISTISCHE UND REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG

AKTUELLE FRAGEN IM IDEOLOGISCHEN KAMPF

Die Frage des Kampfes für den Sozialismus und damit die Problematik der Etappen und Wege des revolutionären Prozesses, sowie die unverzichtbaren Überlegungen zu konkreten Situationen und nationalen Besonderheiten, gehören sicher zu den relevantesten Fragen bei der Ausarbeitung des Programms der Kommunistischen Partei. Dabei gibt es nicht nur legitime Meinungsverschiedenheiten, sondern auch schematische Vereinfachungen und Verwirrungen.

Historisch ausgedrückt leben wir in einer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, vor fast 100 Jahren von der Oktoberrevolution eingeläutet. Aber kurz- und mittelfristig betrachtet, leben wir in Zeiten von Konterrevolution und sozialem Rückschritt.

Diese Situation beinhaltet einen Widerspruch, der die kommunistischen Parteien vor ernsthafte Herausforderungen politischer und ideologischer Natur stellt. Das betrifft vor allem die Notwendigkeit, Kämpfe für konkrete und aktuelle Ziele mit den Zielen Sozialismus und Kommunismus zu vereinbaren, unter Einbeziehung der konkreten Lage in jedem Land.

Dies ist ein dialektischer Zusammenhang (und somit kein mechanischer), der weder als unüberwindliche Barriere einzelne Etappen und taktische Momente trennt, noch verschie-

dene Ziele, Etappen und Phasen des gleichen Prozesses sozialer Transformation verwechselt.

Der Widerspruch zwischen den revolutionären Möglichkeiten einer historischen Epoche und der jeweiligen Situation, welche die PCP als eine Situation des Widerstands und der Sammlung von Kräften definiert, wird klarer vor dem Hintergrund sich verschärfender Grundwidersprüche des heutigen Kapitalismus.

Wenn wir einerseits die materiellen und objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution für reif erachten, und wenn es jeden Tag offensichtlicher wird, dass sich die soziale Unterstützungsbasis des Imperialismus verengt, und dass er unfähig ist auf die Herausforderungen unserer Zeit zu antworten, ist auch der relative Rückstand des subjektiven Faktors offensichtlich: Revolutionäre Organisation und Bewusstsein der arbeitenden Massen hinken hinterher, genauso wie die kommunistische und revolutionäre Bewegung. Dazu kommt die verzögernde Macht der Institutionen, die die bürgerliche Ideologie produzieren und reproduzieren.

Im Zusammenhang mit einem intensiven ideologischen Kampf bereitet das einen fruchtbaren Boden für gegensätzliche opportunistische Umwege. Von rechts wie von „links“. Vom sozialdemokratischen Verzicht und

der Anpassung an den Stand der Dinge (eine liquidatorische Tendenz, die seit dem Eurokommunismus einen neuen Aufschwung mit dem Verschwinden der Sowjetunion und dem Niedergang des Sozialismus in Europa erhielt) bis zu Erklärungen, die sozialistische Revolution sei das unmittelbare Ziel der kommunistischen Parteien, ohne Rücksicht auf die Bedingungen, unter denen sie arbeiten. Konkreten Ausdruck findet diese Realität auf der rechten Seite in der „Europäischen Linkspartei“ und einigen ihrer Mitgliedsparteien, und „links“ in den Positionen einiger kommunistischer Parteien vor, während und nach dem 15. Internationalen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien, die von Dogmatismus und Sektierertum wie von einer scholastischen und versteinerten Sicht des Marxismus-Leninismus geprägt sind.

Gesetzmäßigkeiten und nationale Besonderheiten

Sicher existieren generelle Gesetzmäßigkeiten – vor allem bezüglich der Rolle der Arbeiterklasse und der Volksmassen, der Partei, der Macht und des Besitzes von Produktionsmitteln. Aber das Leben zeigt, dass die Wege von sozialer Transformation und Revolution jedes Mal sehr unterschiedlich sind. Nichts ist schlimmer für eine kommunistische Partei, für eine politische Kraft, die sich für die Vorhut der Revolution hält, als vorzugeben, mit zeitlosen Formulierungen den Kampf

zu führen, die in allen Situationen gültig sind. Oder kopierte Lösungen aus einem Land, wo sie zutreffen, auf die andere Länder mit ganz anderen konkreten Situationen zu übertragen. Oder aus dem Blick zu verlieren, dass die Revolution ein lebendiger sozialer und schaffender Prozess ist, und dass die sachliche Analyse konkreter Situationen die wahre Seele des Marxismus-Leninismus ist.

Das lehrt uns, die Wichtigkeit der nationalen Fragen im Prozess der sozialen Transformation und seine Wechselbeziehungen zur Klassenfrage weder zu unterschätzen noch gar zu negieren. Im Fall von Portugal – wo der besondere Umstand war, dass Portugal gleichzeitig ein kolonisierendes und kolonisiertes Land war – war diese Frage von besonderer Wichtigkeit. Die antifaschistische Revolution erlangte dadurch einen landesspezifischen Charakter, dass unter den zentralen Zielen die sofortige Anerkennung der Rechte der Kolonien auf Unabhängigkeit war, genauso wie die Befreiung Portugals vom Imperialismus. Und heute, in einer schwerwiegenden Situation der Abhängigkeit und Einmischung in innere Angelegenheiten, wo die Teilnahme am europäischen Prozess der kapitalistischen Integration ein Schlüsselement darstellt, kämpft die PCP für eine patriotische linke Alternative, die uns den Weg in eine fortgeschrittene Demokratie öffnet, die nationale Unabhängigkeit verteidigt und sichert, und die ernsthaften Beschränkungen der nationalen Souveränität aufricht, die – wie die Realität zeigt – tiefgehende Klassenhintergründe haben.

Der Kampf der Arbeiter und der Völker zur Verteidigung der nationalen Souveränität ist eine grundsätzliche Kampffront gegen den Imperialismus im Interesse aller antiimperialistischen Klassen und Schichten, wobei sich die Arbeiterklasse in der vordersten Reihe befindet. Es ist unverständlich, dass es Parteien gibt, die seine Wichtigkeit leugnen, genauso wie die Wichtigkeit, die weltweite anti-imperialistische Front zusammen mit der kommunistischen Bewegung zu stärken.

Für die kommunistische Identität der PCP bedeutet das: Patriotismus und Internationalismus sind untrennbar verbunden.

Zum Umgang mit Meinungsverschiedenheiten

Nach Meinung der PCP – und das ist eine wichtige Meinungsverschiedenheit im Gegensatz zu Parteien, die strukturierte Formen der Zusammenarbeit und homogenisierte politisch-ideologische Standpunkte anstreben – sollten Meinungsunterschiede und Divergenzen zwischen kommunistischen Parteien sie nicht daran hindern, zusammen gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen. Auch wenn im Moment die Führung dieser oder jener Partei Eigenschaften in Zweifel zieht, die wir für grundlegend für eine kommunistische Partei halten, sollte uns das nicht an gemeinsamen oder parallelen Aktionen für die Emanzipation der Arbeiter und der Völker hindern.

Die PCP vergisst nicht die wertvollen Lehren von Álvaro Cunhal, nach denen es zwischen kommunistischen Parteien keine Probleme gibt, die man nicht durch „Dialog, freundschaftliche Debatte und gemeinsame Suche nach Lösungen“ überwinden kann, unter Beachtung der Prinzipien von Gleichheit, gegenseitigem Respekt, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, gegenseitiger Solidarität – Prinzipien, die durch die Praxis der kommunistischen Weltbewegung geschmiedet wurden.

Dies ist eine vitale Frage für die Rolle kommunistischer Parteien und für die weltweite kommunistische Idee. Schlimmer als Meinungsunterschiede und Divergenzen sind ein Bruch mit diesen Prinzipien und die öffentliche Kritik und Polemik, wozu einige Parteien bereits gegriffen haben. Das sind Neuauflagen von Versuchen, ein „Führungszentrum“ zu bilden oder die Linie dieser oder jener Partei für „anleitend“ oder „als Referenz“ zu erklären, was die Stärkung der kommunistischen Bewegung gefährdet und ihre Einheit stark gefährdet.

Vorbei sind die Zeiten von Zentralisierung und Disziplin, einstmals nötig, um mit dem Opportunismus der II. Internationale zu brechen und revolutionäre leninistische Parteien zu schmieden, wie im Fall der Kommunistischen Internationale. Die internationale Zusammenarbeit zwischen kommunistischen Parteien, deren Kern Klassen-

solidarität und proletarischer Internationalismus sind, wird umso stärker, je mehr sie in den Massen verwurzelt ist und je größer die Fähigkeit jeder Partei ist, autonom ihre revolutionäre Orientierung zu definieren.

Als patriotische und internationalistische Partei, ausgehend von 93 Jahren Erfahrung im Kampf und angesichts historischer Erfahrung der Kommunisten und Revolutionäre rund um den Erdball, wird die PCP weiterhin der Stärkung, Einheit und Aktionsfähigkeit der kommunistischen und revolutionären Weltbewegung verbunden bleiben. Sie wird zu Zusammenarbeit und Solidarität mit allen beitragen, dabei die Unabhängigkeit und Geschichte jeder Partei respektieren, mit dem Schwerpunkt auf Aktionseinheit, Werte, die die Kräfte vereinigen, die sich dem Kapital und imperialistischen Angriffen widersetzen. Das ist es, was die Massen von Kommunisten erwarten.

(Gekürzter und übersetzter Beitrag aus der Zeitschrift »O Militante« vom 13. März 2014. Übersetzung: Andreas Spector, Zwischenüberschriften von der Redaktion)



VOR DEM PARTEITAG:

DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER MARXISTEN

Wieder wurde auf der jüngsten Tagung des Parteivorstands durch Genossen Köbele auf das Wirken der innerparteilichen Opposition hingewiesen und auf die damit verbundene Gefahr, dass „die Zusammenarbeit, die Zusammengehörigkeit einer kommunistischen Partei weg“ sein könnte. Sollten wir uns nach den wiederholten Warnungen und auf Grund eigener Erfahrungen nicht bewusst sein – oder werden, dass die DKP seit 1990 noch nie vor einer Entscheidungssituation gestanden hat wie heute? Ist denn die Frage nach dem politischen Profil und dem weiteren Weg der Partei je so zugespitzt gestellt worden wie in den letzten Monaten? Und ist damit die Aufgabe ihrer Erneuerung als revolutionäre gesellschaftliche Kraft je dringlicher gewesen als gegenwärtig? Die Chancen, die wir dazu haben, sind heute besser als je zuvor.

Abwarten als Ausweichen

Diese Chancen sind mit dem 20. Parteitag eröffnet worden und sehr eng mit der Rolle von Patrik Köbele verbunden. Seine Wahl als Vorsitzender und die Wahl des jetzigen Parteivorstands veranlasste die Revisionisten – heute als innerparteiliche Opposition bezeichnet, zum offenen Kampf gegen die Politik der Parteiführung überzugehen. Die Anfeindungen, denen Genosse Köbele von Seiten der Fraktion „kommunisten.de“/„Marxistische Linke“ ausgesetzt war und ist, hätten eine stärkere solidarische Resonanz aus der Partei gefordert. Die Versuche nach dem 20. Parteitag, die Legitimität der Parteiführung in Frage zu stellen und die anhaltenden Aktivitäten, die Arbeit verschiedener Mitglieder des Parteivorstands und des Sekretariats herabzusetzen, brauchen entschiedene solidarische Antworten. Es entsteht der Eindruck, dass Teile der Partei abwarten, welche Ergebnisse der nächste Parteitag bringen wird. Dieses Abwarten ist aber nichts weiter als ein Ausweichen vor den jetzt notwendigen Positionierungen. Es kann doch erwartet werden, dass für die Mehrzahl der DKP-Mitglieder erkennbar geworden ist, wie allein durch den Vorgang der

Abwahl der Gruppe Mayer, Jürgensen usw. aus der Führungsspitze mit einem Schlag die politischen Differenzen und Gegensätze in der Partei offensichtlich geworden sind, die seit Jahren existierten und das gesellschaftliche Agieren der Partei paralyisierten. Wir stehen jetzt an dem Punkt, an dem nach den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung jede weitere Duldung von Opportunismus/Revisionismus deren Sieg bedeuten würde.

Hier muss hervorgehoben werden, dass diese Situation und die Alternativen dazu in den letzten Monaten klar beschrieben worden sind. Ich verweise dazu auf das Referat von Genossen Köbele auf der 13. Tagung des PV und auf seinen Beitrag auf der theoretischen Konferenz der DKP vom Februar 2015. Um die jetzt notwendige Diskussion konzentriert zu führen, reicht es m. E. aus, sich auf diese Aussagen zu begrenzen. In Stichpunkten ausgeführt, heißt es dort:

- Leo Mayer und die Kreisorganisation München der DKP signalisieren, sich „in deutlicher Abgrenzung [...] von den Mehrheiten des PV und des künftigen PV“ zu verhalten.
- Der politische Kurs dieser Kreisorganisation wird unter anderem bestimmt durch die uneingeschränkte Akzeptanz der Europäischen Linken und die Unterstützung des Vereins „Marxistische Linke“.
- Diese auf die Spaltung der Partei gerichtete Politik trat unmittelbar nach dem 20. Parteitag durch eine Vielzahl von Aktivitäten deutlich hervor.
- Das ist „der faktische Abschied von einer gemeinsamen Partei“.

Ideologischer Klassenkampf

Wir können nicht mehr übersehen, dass die Zeit seit dem 20. Parteitag in allen politischen Grundfragen Gegensätze zwischen der sich herausbildenden Fraktion und den auf marxistisch-

leninistischen Positionen stehenden Teilen der Partei deutlich gemacht hat. Wenn sich heute noch alle Seiten auf das Parteiprogramm berufen, ist das entweder reine Demagogie der Opposition oder die Nutzung des Kompromisscharakters dieses Programms. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang Gedanken darüber machen, ob das ständige Berufen auf das Parteiprogramm für die Bewältigung der aktuellen Probleme hilfreich ist.

Die oppositionelle Fraktion verhält sich im Grunde genommen anders. Sie arbeitet sehr konkret nicht nur mit der Parteiprogrammatik, sondern vor allem mit der Bewertung wichtiger aktueller politischer Vorgänge. Das zeigen z. B. die Thesen „Wege aus der Krise ...“ vom Januar 2010. Dort wird definiert, wie das Parteiprogramm zu lesen oder neu zu schreiben sei. Das ist ein politisch-ideologisches Konzept der Spaltung der Partei, das Grundlage für vielfältige Aktivitäten war. Seit seiner Veröffentlichung sind fünf Jahre vergangen.

Es ist deshalb von grundlegender Bedeutung, die bestehenden Differenzen und Gegensätze als Ausdruck verschiedener, sich feindlich gegenüberstehender politisch-ideologischer Positionen zu begreifen. Nur so, d. h. in einem zielstrebig und konsequent geführten ideologischen Kampf, ist die Lösung der existenziellen Probleme der Partei möglich.

Dazu müsste noch wesentlich mehr getan werden. In welcher Richtung das zu geschehen hat, ist von Genossen Köbele in dem genannten Beitrag auf der letzten theoretischen Konferenz angesprochen worden:

- Es gibt keinen aktuellen Marxismus, wenn Lenin über Bord geworfen wird. Damit wird die Imperialismusanalyse entsorgt und mit ihr die Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen, den Staat, die Revolution und die Partei betreffend.

- Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats als grundlegende Bedingung für die Eroberung und für den Erhalt der politischen Macht der Arbeiterklasse unterscheidet die Marxisten von den Opportunisten.
- Eine Arbeiterpartei kann ohne Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus ihre revolutionäre Rolle und Funktion nicht wahrnehmen.

Überlegungen dieser Art hat er bereits auf der vorangegangenen theoretischen Konferenz angestellt.

Dabei geht es nicht – um eine bestimmte Parteipraxis zu charakterisieren – um die Anerkennung des einen oder anderen marxistischen Leitsatzes, wie das z. B. im vorliegenden Leitanspruch zum 21. Parteitag geschieht, sondern um eine Gesellschaftsanalyse auf marxistischer Grundlage, mit der die Strategie und Taktik der Partei für den praktischen politischen Kampf bestimmt wird. Und das mit Worten, die jeder Arbeiter versteht, konkret und konzentriert.

Hier ist noch einmal zu betonen, dass die Existenz der Partei durch die klar vertretenen ideologischen Positionen der Spalterfraktion und der aus ihnen abgeleiteten politischen Praxis gefährdet ist. Das Internetorgan „kommunisten.de“ zeigt, wie konsequent dieser ideologische Kampf geführt wird. Und das nicht nur und in erster Linie durch Erklärungen zu theoretischen Leit- und Grundsätzen, sondern vor allem durch die Bewertung und Darlegung aktueller politischer Vorgänge (von Griechenland bis zur Ukraine).

Entscheidende Fragen

Dem können wir nicht durch Prinzipienklärungen, durch das Verkünden von anerkannten politischen Leitsätzen begegnen, z. B. durch das ständige Beschwören des notwendigen „revolutionären Bruchs“ oder die Wiederholung der Bedeutung Lenins für den Marxismus.

Wir brauchen – sehr verkürzt dargestellt – das Überdenken und die Positionierung zu folgenden Fragen:

1. Die Erkenntnis des Imperialismus und seines Wesens als höchste (und damit letzte) Etappe des Kapitalismus.

Damit verbunden, muss die Überwindung aller in der Partei – insbesondere durch Leo Mayer – verbreiteten Illusionen über mögliche neue qualitative Entwicklungsstufen des heutigen Kapitalismus (Globalisierung, Neoliberalismus, finanzmarktgetriebener Kapitalismus usw.) erreicht werden. Weiter sind damit verbunden die Aufdeckung und konsequente Bekämpfung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, speziell der deutschen. Formulierungen wie „die Gewerkschaften müssen wieder zu kämpferischen Organisationen gemacht“ werden, reichen dazu nicht aus. Mit der Klärung dessen, was Imperialismus ist, muss die grundlegende Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes erkannt und erfasst werden. Damit wird auch über die Frage entschieden, welchen Platz und Stellenwert der Friedenskampf in der aktuellen Situation spielt. Es werden damit verbunden der Charakter imperialistischer Bündnisse, die heutige Bedeutung der Nation und der nationalen Frage marxistisch beantwortet.

2. Das, was Patrik Köbele zur kommunistischen Partei gesagt hat, muss allseitige Praxis werden, was schwer genug ist.

Das beginnt bei der Beherrschung der Theorie bzw. des Ringens darum und endet bei der Umsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus. Wir brauchen weniger Deklarationen und mehr politische Orientierung für die praktisch zu führenden Kämpfe. Hier gilt uneingeschränkt der Satz, dass jede praktische Aktion wichtiger ist als hundert Programme. Zu einem entscheidenden Kriterium dabei muss die Frage werden, wie die Partei als Interessenvertreterin der Werktätigen (mit und ohne Arbeit) wirksam ist.

3. Dazu wäre es erforderlich, den Führungsstil auf allen Ebenen der Partei zu verändern.

Es wäre zu gewährleisten, dass die Losung „die Partei in Aktion“ zur Praxis wird. Das geschieht m. E. auch, aber nicht in erster Linie durch die Teilnahme an von anderen politischen Kräften organisierte Demonstrationen und

durch die dort vorhandene Zahl von DKP-Fahnen, sondern hauptsächlich durch Aktivitäten, mit denen wir Einfluss auf andere politische Kräfte und schließlich auf die „Massen“ gewinnen. Das ist viel schwieriger zu realisieren als gemeinhin angenommen wird. Es beginnt mit der Bestimmung der politischen Aufgabenstellung (Lösung) und endet bei der oft ermüdenden praktischen Umsetzung. Wenn die Partei nicht erreicht, dass die von ihr zu beeinflussenden gesellschaftlichen Kräfte durch ihre eigene Erfahrung dazu kommen, dass die Orientierung und Aktivitäten der DKP der politischen Lage und ihren Interessen entsprechen, bleibt sie eine politische Kraft für sich selbst.

Entweder wir verständigen uns in allernächster Zeit auf einige wenige aktuelle politische und ideologische Fragen (Friedenskampf, Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, antiimperialistischer Kampf) und organisieren auf dieser Grundlage eine zielstrebige, kontinuierliche politische Arbeit, die nicht ständig neue Forderungen und Losungen hervorbringt, oder wir schaffen es nicht, im Kampf gegen die Revisionisten in der Partei zu bestehen. Nicht nur auf zentraler Ebene ist die zügige Lösung des Problems von grundlegender Bedeutung, sondern auch und nicht weniger wichtig in den Landes- und Bezirksorganisationen und vielen Parteigruppen.

Seit einem Vierteljahrhundert haben nicht wenige Genossinnen und Genossen der DKP der mit dem Sieg der Konterrevolution verbundenen unerhörten politischen Desorientierung widerstanden und selbstlos gekämpft, während die Partei insgesamt ihre gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit nicht überwinden konnte. Die Gefahren, die der Imperialismus für die Menschheit und jeden von uns hervorbringt, erfordert aber mit höchster Dringlichkeit eine wirksame revolutionäre Kraft in Deutschland.

** Der Autor hat diesen Text Mitte September als Offenen Brief an den Parteivorstand und an Mitglieder der DKP aus Anlass des bevorstehenden 21. Parteitags der DKP gerichtet. Überschrift und Zwischenüberschriften von der Redaktion.*



DABEISEIN IST NICHT ALLES!

BÜRGERLICHE ODER KOMMUNISTISCHE BÜNDNISKONZEPTION?

Äußerungen über den grundsätzlichen Charakter und die Zielrichtung der politischen Aktivitäten unserer Partei beinhalten fast immer Bemerkungen zur Bündnisarbeit. Oft werden Bündnisaktivitäten und die Mitarbeit in Bewegungen hervorgehoben – manchmal bis zur Ausschließlichkeit.

Nun ist Bündnisarbeit, früher unter dem Begriff Volksfrontpolitik geläufig, durchaus richtig, wichtig und unverzichtbar. Jedoch drohen hier zwei Fallen: Die eine ist die Verabsolutierung, die alleinige Fokussierung auf die Bündnisarbeit unter Weglassung der ebenso richtigen, wichtigen und unverzichtbaren eigenen kommunistischen Politik innerhalb der Arbeiterklasse, früher als Einheitsfrontpolitik bekannt.

Die andere ist die Missachtung der Tatsache, dass auch Bündnispolitik für Kommunisten nur unter klassenmäßigen Gesichtspunkten, in bewusster Verfolgung unserer revolutionären Ziele, ihren Zweck, etwa im Hinblick auf Übergangsstrategien zum Sozialismus, erfüllt. Auch wenn die Notwendigkeit eigener revolutionärer Politik der DKP in der Arbeiterklasse unter Kommunisten wohl kaum offen bestritten wird, so wird sie doch oft genug schlichtweg ignoriert, während der Verzicht auf eine klassenbasierte Bündnispolitik häufig sogar offen im Sinne breiterer Akzeptanz und besserer Wirksamkeit als notwendig begründet wird.

Übergang zum Sozialismus, oder was?

Der ehemalige Bezirksvorsitzende von Rheinland-Westfalen, Genosse Klaus Stein, hielt auf der BV-Tagung am 22. März 2015 ein umfangreiches Grundsatz-Referat [1]. Klaus führt einige allgemeine politische Widerstandsaktivitäten der letzten Zeit auf und bezieht diese auf unser Programm: „Unser Parteiprogramm fügt derartige Aktivitäten in einen strategischen Plan. Es heißt dort unter der Überschrift ‚Für eine Wende zu demokratischem

und sozialem Fortschritt‘: ‚Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann. Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Der Vernetzung der Kämpfe und Bewegungen über Ländergrenzen hinweg kommt unter den Bedingungen der Globalisierung eine immer größere Bedeutung zu‘ (Abschnitt IV).“ Dann gibt er dessen vermeintlichen Sinn wieder: „Diesen strategische Plan hat Anne Frohnweiler auf der Kölner KV-Klausur in Gestalt folgender Etappen bzw. Übergänge knapp zusammengefasst:

1. Sammeln fortschrittlicher und demokratischer Kräfte für eine Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt mit dem Ziel, das Kräfteverhältnis zu verschieben.
2. Bildung von Allianzen und Stabilisierung der Bündnisbeziehungen.
3. Bildung eines festen gesellschaftlichen Blocks mit dem Ziel der weiteren Verschiebung der Kräfteverhältnisse, so dass gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommen.
4. Antimonopolistischer Block mit tiefer außerparlamentarischer und parlamentarischer Verankerung und der Möglichkeit der Regierungsbildung.
5. Revolutionärer Bruch.“

Nur noch Bündnisse und Bewegungen?

Dieser „Plan“ lässt die Hälfte kommunistischer Politik komplett unter den Tisch fallen: nämlich die notwendige eigene Arbeit mit und in der Arbeiterklasse. Es gibt nur noch Bündnisarbeit. Die Führung von Klassenkämpfen gegen das Kapital, unser Kampf gegen bürgerliche Ideologie, die Entwicklung von Klassenbewusstsein und die Gewinnung von Hegemonie für eine marxistische Sicht auf die Gesellschaft werden in Annes bzw. Klaus' „strategischem Plan“ mit keinem Wort erwähnt. Beide Arbeitsgebiete gehören jedoch für Kommunisten untrennbar zusammen, sie ergänzen und bedingen einander. Mit dem Entfallen einer wirksamen und attraktiven kommunistischen Klassenpolitik wird auch deren dialektisches Verhältnis zur übrigen Bündnispolitik ignoriert – vor allem der Aspekt, dass sie die wichtigste und unverzichtbare Voraussetzung dafür ist, in Bündnissen überhaupt Wirksamkeit im antimonopolistischen Sinne entfalten zu können, indem sie auf die antimonopolistischen Bündnisse ausstrahlt und ihren gesellschaftlichen Rückhalt bildet.

Fortschritt ohne Klasseninhalt?

In diesem „Plan“ fehlt den Bündnissen jede inhaltliche Bestimmtheit. Damit fehlt auch ein Maßstab, nach dem politische Ziele und Strategien von Bündnissen bewertet werden können. Die „Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt“, der „Antimonopolistische Block“ und die „gesellschaftliche Alternative“ bleiben seltsam unbestimmt und inhaltsleer. An Hand welcher objektiven Kriterien die Willensbildung innerhalb von Bündnissen ausgerichtet werden soll, bleibt offen. Die angestrebten Bündnisse können sich so allein auf die subjektiven Ideen und Vorlieben ihrer Mitglieder gründen, was diese für fortschrittlich halten und sich für ihre Zukunft wünschen. Hier ist die Breite der Bündnisse dann beliebig offen, die Klassenlinie ist verschwunden und uns Kommunisten

fehlt die Richtschnur dafür, worin der Fortschritt bestehen soll. Damit lässt sich vielleicht eine breite „Allianz“ bauen, ein zielgerichtetes Handeln und eine gemeinsame Perspektive können so aber nicht erreicht werden.

Mehrheiten für's Regieren?

Der „Plan“ von Klaus und Anne lässt als Bündnisziel allein das abstrakte und verabsolutierte Sammeln von (beliebigen) Kräften zum Zweck der Koalitions- und Mehrheitsbildung übrig – d. h. Bündnisse als Gespenster: Leere Hüllen mit reiner Quantität, ohne Qualität und Inhalt; Hauptsache breit und viel. Sie sollen Kräfte sammeln, Beziehungen herstellen und stabilisieren, Allianzen schmieden, einen festen gesellschaftlichen Block bilden, eine parlamentarische Verankerung und Mehrheiten gewinnen mit der „Möglichkeit zur Regierungsbildung“. Das ist keine kommunistische Strategie, sondern eine Beschreibung von bürgerlicher Koalitionsbildung: Wofür diese Regierung dann eintritt, wird nicht durch antimonopolistische Klasseninteressen bestimmt, sondern ist freie Verhandlungssache der Beteiligten, erreicht durch Kompromisse zwischen verschiedenen politischen Zielen. Wie auf diese Art antimonopolistische Ziele erreicht werden können, bleibt unerfindlich.

Bündnisarbeit im Klasseninteresse

Es gibt für Volksfrontpolitik bzw. Bündnisse aus marxistischer Sicht aber durchaus Merkmale, durch die ihre Stoßrichtung bestimmt wird. Zur Erinnerung: Der Unterschied der beiden Politikfelder liegt darin, dass sich in der Einheitsfrontpolitik die zu vertretenden Klasseninteressen durch die Klassengrenze zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Klassen, also mit antikapitalistischer Zielsetzung, bestimmen, während dies in der Bündnispolitik entlang der Trennlinie zwischen dem Monopolkapital und seinen Protagonisten einerseits und den nichtmonopolistischen Schichten des Kapitals und der Arbeiterklasse andererseits passiert, also mit antimonopolistischer Zielsetzung. Die Klasseninteressen des deutschen Monopolkapitals, als Träger der nach innen und außen aggressiven, sozial- und demokratiefeindlichen imperialistischen

Politik in Deutschland und anderen imperialistischen Ländern stehen den unseren und denen anderer nicht-monopolistischer Bündnispartner antagonistisch entgegen. Der Kampf für die gemeinsamen Interessen bedarf mehr als der klassenübergreifenden Zusammenarbeit im Hinblick auf die jeweiligen Einzelziele der Bewegungen.

Unsere spezifische Aufgabe besteht darin, genau diese Klassenlinie zu klären, die jeweiligen Interessen als Klasseninteressen und das Monopolkapital als den Gegner zu erkennen sowie als Ziel die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals zu begreifen. Inhalt von Bündnispolitik ist also aus unserer Sicht immer bestimmt durch die objektiven antimonopolistischen Interessen aller Bündnispartner.

Offenes Visier

Unsere Bündnisarbeit zielt auf die Zusammenarbeit von Menschen, die von der menschenfeindlichen Politik des Monopolkapitals betroffen sind und sich dagegen wehren – in gemeinsamen Bündnisorganisationen, in denen die Kämpfe organisiert werden.

Wir handeln dabei auf Basis unserer Klasseninteressen. Wir sind eben nicht nur „dabei“ und dienen uns an, machen die praktische Arbeit und halten uns ansonsten bescheiden im Hintergrund. Nein, wir erwarten für unsere Anschauungen von unseren Bündnispartnern den gleichen Respekt, den wir auch ihren Motiven und Haltungen entgegenbringen! Unsere marxistischen Ansichten in Bündnissen bedeckt zu halten, uns anpassen und mitlaufen, macht uns nur unglaubwürdig oder gar lächerlich – schlimmstenfalls zu nützlichen Idioten. Nein, neben zuverlässiger Mitarbeit, ist es gerade unser konsequenter, offener Marxismus, unsere theoretische Klarheit und Erklärungskraft, die uns interessant machen sowie glaubwürdig und attraktiv. Menschen da abzuholen, wo sie stehen, hat nur Sinn, wenn wir wissen, wo wir mit ihnen hin wollen. Kommunisten wollen mitorganisieren, mitkämpfen, aber auch orientieren, die Linien der widerstreitenden Klasseninteressen klären, die Ergebnisse der Kämpfe auswerten, die Begrenztheit reiner Reformen herausarbeiten, die Perspektiven weitere Kämpfe diskutieren, auf die Notwendigkeit des Sozialismus verweisen,

spricht: politisches Bewusstsein entwickeln. Und: Menschen für unser Ziel – den Sozialismus – ansprechen, werben und begeistern. [2]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] <http://www.dkp-rheinland-westfalen.de/index.php/partei/2402-die-rasante-entwicklung-der-produktivkraefte-und-ihre-revolutionaere-rolle-in-geschichte-und-gegenwart>
- [2] Vgl. W. Gerns und R. Steigerwald, Antimonopolistischer Kampf heute, 1983, S. 50 ff.



DER GEBRAUCHSWERT DES MARXISMUS-LENINISMUS

„Die 27 Millionen Sowjetbürger, die im Großen Vaterländischen Krieg gestorben sind, taten dies auch für die Menschheit und für das Recht zu denken und Sozialist zu sein, Marxist-Leninist zu sein, Kommunist zu sein und die Vorgeschichte zu verlassen.“ Fidel Castro Ruz [1]

Anders als es der Bezirksvorstand der DKP Südbayern sieht, steht der Begriff des Marxismus-Leninismus nicht nur für die sowjetische Periode, in der Stalin Generalsekretär war, sondern in der internationalen kommunistischen Bewegung steht er ganz allgemein für die wissenschaftliche Weltanschauung der Kommunisten. Fidel setzt ihn sogar gleich mit dem Recht zu denken und Kommunist zu sein. Welche Bedeutung hat er für uns?

Hans Heinz Holz orientiert wie Engels auf den Gesamtzusammenhang, Lenin sucht die Wahrheit in der Konkretion. Beide Orientierungen scheinen einander zu widersprechen, scheinen andere Schwerpunkte zu setzen, anderes Handeln zu verlangen. Die Überbetonung einer der beiden Seiten führt zu ideologischen Unsicherheiten und zu politischem Opportunismus. Nur die Abstraktion zu theoriegeschwängertem Salbader ohne Nutzenanwendung und Reichweite, nur die Konkretion zu Handwerkelei und dem Aufgehen in der nächsten Bewegung, dem Verlust der politischen Eigenständigkeit.

Die Dialektik fordert die Aufhebung dieses scheinbaren Widerspruchs entlang einer gemeinsamen Linie – konkret dem Marxismus-Leninismus (ML). Der Gebrauchswert des ML liegt demzufolge darin, dass er es schafft, die Einheit zwischen Konkretion und Abstraktion herzustellen und zu bewahren, dass er daraus handlungsanleitend wirkt, einen „geordnete[n] Sinn für Selbstverständnis und Verhalten“ entwirft, durch die die Erfahrung bestätigt wird und im Einklang mit den bekannten und bewährten Theorien steht. [2]

Lenin bezeichnet den Marxismus als System [3]. Der Begriff Marxismus-Leninismus beschreibt dieses System in seiner Entwicklung [4]. Duncker nennt diese „die Weiterentwicklung des Marxismus in der Staatsfrage, in der Bündnisfrage, der nationalen Frage, in den Fragen der konkreten Übergangsformen zum Sozialismus usw.“ [5]. Fidel rühmt Lenin: „Lenin war ein genialer revolutionärer Stratege, der nicht zögerte, die Ideen von Marx anzunehmen und ihre Umsetzung in einem riesigen und nur zum Teil industrialisierten Land in Angriff zu nehmen, dessen proletarische Partei im Angesicht der größten Bedrohung, die der Kapitalismus über die Welt gebracht hatte, zur radikalsten und tapfersten des Planeten wurde“ [6]. Damit nennt er zentrale Gründe, warum das Studium der Leninschen Schriften und der Erfahrungen der Bolschewiki für die Entwicklung des ML als Weltanschauung der kommunistischen Parteien wesentlich ist.

Handlungsanleitung

Die Handlungsanleitung setzt die Systematisierung der konkreten Erscheinungen voraus. Sie benötigt ein „Modell von relativem Wahrheitsgehalt“ (Fellner), in dem die Annäherung an die absolute Wahrheit gelingen kann. (Hans Heinz Holz nutzte hier auch das Bild des „Teppichs“ oder des „Grundrisses“ einer Stadt, in der man sich sonst verläuft, in den alles eingearbeitet werden kann). Eine Voraussetzung ist die immer weiter gehende Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ganz praktisch bedeutet das z. B.: Will ich die Kolleginnen und Kollegen zum Streik motivieren, muss ich die Lohnentwicklung im Verhältnis zur Profit- und Preisentwicklung darstellen, die subjektiven Erscheinungen erkennen (Resignation, Unwille usw.) und systematisieren (für und gegen das gemeinsame Streiken). Das Ziel ist, dass möglichst alle streiken sollten, damit der Effekt möglichst groß ist, Solidarität erlebbar wird und im Reformkampf Klassenbewusstsein entwickelt wer-

den kann. Natürlich erkenne ich erst in der Reflexion, ob und wie meine Agitation sich ausgewirkt hat. Dazu brauche ich dann Organisation (die Gewerkschaft, aber besonders auch die SDAJ und DKP), um wissenschaftliche Erkenntnisse zu integrieren (von Auslegungen des Betriebsverfassungsgesetzes, über Streiktaktiken, bis hin zur Leninschen Lehre von Agitation und Propaganda).

Mit anderen Worten: „Wer sich nicht auf den Grundriss bezieht, verläuft sich; und ‚verlaufen‘ heißt richtungslos umherlaufen und mithin in die Irre gehen“ [7]. Den Grundriss zu zeichnen, zu aktualisieren und ihn an neue Mitglieder weiterzureichen, ist Aufgabe der Organisation. Deshalb darf ideologische Orientierung nicht von den konkreten Menschen und den Strukturen, die sie geben sollen, getrennt werden.

„Geordneter Sinn für Selbstverständnis und Verhalten“

Zurück zu unserem Widerspruch zu Beginn: Zwischen der allgemeinen Orientierung, also dem Grundriss, und der konkreten Erscheinung, also dem Tapetenmuster innerhalb der Stadt, besteht kein Widerspruch, weil wir das eine in das andere einordnen können und müssen. Die Arbeit dieser Einordnung ist die Erfassung der Realität (Widerspiegelung), das Schmieden von Plänen zu ihrer Veränderung, die eigene Handlung und schließlich die Überprüfung der Widerspiegelung anhand der eingetretenen Veränderung. Oder politisch ausgedrückt: Analyse der Ausgangslage, Bestimmung der Kampfinstrumente, Organisation politischer Träger der Veränderung und Durchführung der Aktion, Reflexion, Kritik, Veränderung sowie Anpassung der Analyse der Ausgangslage an die nun veränderte.

Wer sich auf die Position begibt, Lenins Werk, dessen Wirksamkeit sich gerade aus Realitätsnähe, Vielfalt und Widersprüchen ergab, sei in

ein „geschlossenes System“ verwandelt worden und der Marxismus-Leninismus das Synonym für die von Stalin verkündeten Lehrsätze [8], der verlässt ganz bewusst den Ordnungsrahmen. Er will ihn ignorieren. Hier wird das Leninsche Schaffen und seine Lehren ganz bewusst bis zu dem Punkt historisiert, dass sich daraus keine Ableitungen für heute treffen lassen. Tür und Tor für Beliebigkeit werden geöffnet. Die Überbetonung der Konkretion gegen die bewusste Schaffung von Instrumenten zur Erkenntnis und Veränderung des Gesamtzusammenhangs (Imperialismus-Analyse und Parteifrage) führt konsequent zur Ablehnung des Begriffs für diese Vorhaben: Leninismus.

Was meint Lenin (nicht Stalin!), wenn er in seiner Schrift „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ die Lehre vom Marxismus als „in sich geschlossen“ bezeichnet? Hannes Fellner hat uns darauf hingewiesen, dass es um die Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs geht: Ein Gesamtzusammenhang, der sich in den Bewegungsformen seiner Bestandteile herstellt und darstellt, hat die Gestalt des Systems. Da die Welt größer ist und mehr enthält, als wir je von ihr wissen können, darf ein System nicht als ein endliches, geschlossenes von sich be-

haupten, eine Abbildung des Ganzen zu sein, sondern muss sich offenhalten für Erweiterungen und für den Eintritt des Neuen.

„In sich geschlossen“ bezieht sich also gerade auf den einheitlichen Charakter von System und Methode des Marxismus als Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs. Für den Marxismus als Weltanschauung gilt natürlich, dass er im Fluss ist, wie es der antike Dialektiker Heraklit bildlich ausdrückte, wo stets anderes Wasser hinzuströmt und man deshalb nicht zweimal in denselben Fluss steigen kann. In diesem Sinne ist er offen. Aber – um im Bild zu bleiben – ein Fluss ist ein Fluss und kein Berg, und ein Fluss hat ein Bett und einen Verlauf. In dieser Hinsicht ist der Marxismus „in sich geschlossen“. [9]

Fazit

Indem Fidel Castro in seiner Rede zum 70. Jahrestag des Sieges über den Faschismus die Haltung Putins zu den Bolschewiki zumindest indirekt kritisiert, beweist er Prinzipienfestigkeit, die ihm der durch den Marxismus-Leninismus gegebene Gesamtzusammenhang eröffnet, gleichzeitig agiert er aber konkret und taktisch flexibel, wenn er feststellt, dass die Politik der

EU und der NATO Russland objektiv an die Seite der Friedenskräfte geführt hat, und dass folglich der Schulterschluss mit Russland zu suchen ist. So beweist er praktisch die Lebensfähigkeit des Marxismus-Leninismus. Den Kampf um die Anerkennung und die Aneignung dieser Weltanschauung werden wir in der und durch die Partei führen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] F. Castro Ruz, „Bei dieser Feier durfte ich nicht fehlen“, jW vom 9./10.5.2015.
- [2] H. H. Holz, Orientierung in der Vielheit der Erscheinungen. Die Einheit des Marxismus auf dem Prüfstand, jW vom 26.8.2006 (Beilage „Marxismus“).
- [3] H. Fellner, „In sich geschlossen und harmonisch“. Zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, Teil 2, T&P 39, S. 26–27.
- [4] H. Dunker, Einführungen in den Marxismus. Ausgewählte Reden und Schriften, 1959, Bd. 2, S.12–14.
- [5] Ebd. S. 13.
- [6] Castro Ruz, a.a.O.
- [7] Holz, a.a.O.
- [8] Referat des Kreisvorstandes zur Kreisdelegiertenkonferenz der DKP München, 25.4.2015, http://www.dkp-muenchen.de/attachments/1208_Referat_KDK-MUC_2015-04-25.pdf
- [9] Fellner, a.a.O.



Lucas Zeise

VOM ANGEBLICHEN WACHSTUMSZWANG

Es ist nicht ganz einfach, über die Theorien der Wachstumskritiker zu sprechen. Mit dem Ausgangspunkt ihrer Analyse haben sie ja alle recht. Der lässt sich immer noch am besten unter dem Titel zusammenfassen, den Donella und Dennis Meadows mit Kollegen vom Club of Rome bereits 1972 ihrer wissenschaftlichen Untersuchung, die zugleich ein Aufruf war, gegeben hatten: „Die Grenzen des Wachstums“ [1]. Die Meadows hatten darin klar gesagt, welches Wachstum sie meinen. Sie bezogen ihre Grenzthese auf fünf Bereiche: das Wachstum der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Nutzung der Rohstoffe. Ihre These lautete, vereinfacht gesprochen:

Wenn das Wachstum dieser fünf Bereiche so weitergeht wie bisher, ist ein katastrophaler Umbruch zu erwarten. Damals, mitten in der ersten Ölkrise, als dieser Rohstoff vorübergehend knapp zu werden schien, fand die These von der Erschöpfung wichtiger Rohstoffe die größte Aufmerksamkeit.

Heute, gut 40 Jahre später, stehen eindeutig das Element Luftverschmutzung durch Verbrennung, die damit verbundene Emission von Kohlendioxid und die Folgen für das Klima im Vordergrund. Zugleich hat sich eine Kurzform für die fünf Wachstumsbereiche herausgebildet, die zugleich vorgibt, eine Ursache für das „immer weiter so“ angeben zu können. Es soll das Wirtschaftswachstum schlechthin

sein, das drohe an Grenzen zu stoßen und das beschränkt werden müsse.

Was ist Wachstum?

Was Wirtschaft ist, bleibt dabei zunächst unbestimmt. Dagegen ist auch nichts zu sagen, solange klar ist, dass die gesamte ökonomische Leistung der Menschheit, ihre Arbeitsleistung gemeint ist. Also diejenige Aktivität, die den Stoffwechsel der Menschheit mit der Natur gewährleistet. In der nicht-marxistischen Volkswirtschaftslehre kommt der Begriff der wirtschaftlichen Gesamtleistung diesem Begriff nahe.

Weniger klar ist aber, was Wachstum der ökonomischen Gesamtleistung



bedeutet. Da sie sich aus produzierten Waren zusammensetzt (oder Leistungen, die Waren ähnlich sind), kann sie in Geldeinheiten angegeben und quantitativ bestimmt werden. Damit addiert sich von einer Produktionsperiode zur anderen ein jeweils anderer Gesamtdbetrag. Ein Plus oder Minus von einem Jahr zum nächsten lässt sich damit feststellen. Die Statistikämter wenden dann große Mühe auf, um den Anstieg der Warenpreise auf allen Ebenen der Produktion herauszurechnen. Was dann als Plus oder Minus übrigbleibt, gilt als „reales Wachstum“ bzw. als tatsächliches Plus (oder Minus) der Arbeitsleistung der Nation.

Wenn diese Leistung von Jahr zu Jahr wächst, was bis zur aktuellen Weltwirtschaftskrise – gemessen am BIP – in allen Ländern des Kapitalismus meist der Fall war, was bedeutet das? Woher stammt das Wachstum? Was drückt es aus? Die Antwort auf diese schlichten Fragen fällt übrigens in der klassischen (oder marxistischen) und in der neoklassischen (heutigen bürgerlichen) Volkswirtschaftslehre ähnlich aus: Das Wachstum der wirtschaftlichen Leistung stammt aus zwei möglichen Quellen. Die erste ist mehr geleistete Arbeit. Die zweite ist effektiver geleistete Arbeit.

Zwei Quellen des Wachstums

Erstere geht zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung einher mit der Einbeziehung von mehr und mehr Menschen in den Arbeitsprozess. In den alten kapitalistischen Ländern erhöht sich heute der Arbeitseinsatz nur noch durch Wachstum der Bevölkerung und/oder Zuwanderung. Kurzfristig spiegelt ein solcher Zuwachs die Erholungsphase aus einer Konjunkturkrise wider, wenn die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Im Weltmaßstab haben wir es immer noch mit einem kräftigen Wachstum der Arbeitsbevölkerung zu tun. Erstens steigt sie als absolute Größe. Zweitens steigt sie, weil in den jungen kapitalistischen Ländern – vor allem Asiens – mehr und mehr Menschen in den kapitalistischen Arbeitsprozess, das heißt die Mehrwertproduktion, einbezogen werden. Diese Menschen haben auch vorher gearbeitet, allerdings meist in vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die vorkapitalistisch erstellte Arbeitsleistung der Welt wird statis-

tisch meist gar nicht erfasst, weil sie – ganz wie die häusliche Arbeit vorwiegend der Frauen in unserer Gesellschaft – nicht auf Märkten verkauft wird.

Effektiver geleistete Arbeit heißt auch höhere Produktivität der Arbeit. In der bürgerlichen Volkswirtschaft wird das Phänomen „technischer Fortschritt“ genannt. Karl Marx beschreibt es zunächst unter dem Aspekt der Schaffung „relativen Mehrwerts“ [2]. Es gelingt dabei dem Kapitalisten, bei gleichem Arbeitseinsatz seiner Lohnarbeiter die Masse des Produkts zu erhöhen oder bei gleicher Produktmenge mit geringerem Arbeitseinsatz auszukommen. Er kann also in beiden Fällen die Lohnsumme relativ zum erzielten Produkt verringern, was seinen Mehrwert „relativ“ erhöht. Das erklärt das Interesse des Kapitalisten an solcher effektiverer Arbeit. Es erklärt auch, weshalb der Kapitalismus als Produktionsweise die Produktivkraft der Arbeit in seiner kurzen Geschichte so unglaublich steigern konnte. Marx und Engels besingen im „Kommunistischen Manifest“ geradezu hymnisch diese einzige positive und „revolutionäre“ Eigenschaft des Kapitalismus.

Ist Wachstum die Ursache für die Ausbeutung der Natur?

Die Masse der produzierten Waren, ihre Vielfalt und Komplexität hat sich im Lauf der letzten zwei oder drei Jahrhunderte dramatisch erhöht. Zugleich erhöhte sich damit auch der Verbrauch von Rohstoffen, von Baumwolle, Getreide, Fleisch, Stahl, Kies, Metallen aller Sorten, Holz, Kohle und Öl sowie die Nutzung von Wasser, Luft und Boden. Dieser Verbrauch wird in Gewichts- oder Hohlmaßeinheiten, jedenfalls physikalischen Größen oder auch einfachen Stückzahlen angegeben. Er liegt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auch in Geldeinheiten vor. Das dort errechnete Wachstum des Verbrauchs ist aber nicht angemessen. Denn es interessieren ja nicht die Marktpreise dieses Verbrauchs, die beispielsweise bei der Luft auch heute noch weitgehend mit Null angesetzt werden. Dasselbe gilt auch für die Berechnung dessen, was das Gesamtprodukt ausmacht. Wir stellen am Ende einer Periode fest, dass so und so viele Hochhäuser, Fabriken, Kraftwerke, Rathäuser, Stanz- und

Waschmaschinen, Computer, Handys und Hektoliter Bier produziert worden sind und wir vergleichen diese Größen mit den entsprechenden des Vorjahres, bemerken in Fußnoten, dass die Qualität dieser Waren nur beim Bier gleichgeblieben, sich sonst aber geändert hat. In der VGR erhalten wir – wie oben ausgeführt – eine Zahl, die dieses Jahr mit dem Vorjahr vergleichbar macht, weil sie in Geld zu Marktpreisen angegeben ist.

In Wirklichkeit ist es kühn, von dieser Wachstumszahl auf den stofflichen Verbrauch zu schließen. Die Rechnung in Werten nach der klassischen Arbeitswerttheorie macht die Sache deutlicher. Der Wert der erzeugten Waren (und Dienstleistungen) einer Periode entspricht der Arbeitsleistung der Menschen in dieser Periode (plus einem Anteil der Arbeitsleistung aus den Vorperioden, der aus dem „konstanten Kapital“ stammt). Das kommt einer Tautologie gleich, weist aber darauf hin, dass in der Warenproduktion der Tauschvorgang die Waren im Verhältnis zueinander bewertet, nicht jedoch die Warenmenge einer Gesellschaft insgesamt quantitativ bestimmen kann. Die Schlussfolgerung aus diesem Exkurs lautet: Das Wachstum des BIP ist allenfalls ein Hinweis auf die stärkere Ausbeutung der Natur, keinesfalls jedoch ihre Ursache.

Kapital muss wachsen

Woher kommt dann der angebliche Zwang zu wachsen? Gern verweisen Wachstumskritiker auf die mathematischen Folgen kontinuierlichen Wachstums. Wenn – was auch immer – mit einer bestimmten Rate zunimmt, so führt dieser Vorgang an irgendeiner Stelle zur Wachstumsexplosion und zum Sprung in die Unendlichkeit. Der Grund dafür ist einfach. Denn bei gleicher Wachstumsrate wird auch der jeweilige Zuwachs immer größer, sodass der Sprung in sinnlose Größenordnungen am Schluss resultieren muss. Auch die Autoren der „Grenzen des Wachstums“ haben diesen mathematischen Zusammenhang bemüht. Gelderneuerer werden nicht müde, die Schlechtigkeit des Zinses daran festzumachen, dass ein im Jahre 0 unserer Zeitrechnung bei einer Sparkasse zum Festzins angelegter Dukaten oder Pfennig dank Zins und Zinsezins mittlerweile den Wert eines

Goldklumpens von der Masse mehrerer Erden oder Sonnen haben würde. Auch ernsthafte marxistische Autoren bemühen diesen mathematischen Effekt. Zum Beispiel widmet David Harvey ihm ein eigenes Kapitel in seinem letzten Buch und fragt dort bänglich, aber eben auch rein rhetorisch: „Ist dauerndes Wachstum mit gleicher Rate möglich?“ [3]

In der realen Welt lautet die Antwort selbstverständlich nein. Das Kapitel leitet Harvey mit der Bemerkung ein: „Kapital hat immer mit Wachstum zu tun und es wächst notwendigerweise exponentiell (at a compound rate).“ Der erste Satz ist korrekt. Schließlich ist Kapital sich selbst verwertender Wert. Das ist der Zweck der Übung, aus Geld wird mehr Geld, aus G wird G'. Das ist nicht nur die Definition, besser der adäquate Begriff des Kapitals, sondern es ist auch Notwendigkeit. Bei Strafe des Untergangs ist der Kapitalist gezwungen zu akkumulieren. Das heißt, der überwiegende Teil des Profits wird wieder zu Kapital, bzw. dem alten Kapital zugeschlagen, das um diesen Profit wächst. Hier ist das Wort vom Wachstumszwang akzeptabel. Kapital muss wachsen. Nur, wo steht geschrieben, dass die Verwertungsrate des Einzelkapitals, aber auch des Gesamtkapitals über die Zeit hinweg gleich bleibt? Vielmehr ist die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Selbstverwertung legendär.

Neoliberaler Kampfbegriff

Man könnte meinen, die These vom Wachstumszwang, der die gesamte kapitalistische Wirtschaft angeblich bestimmt und charakterisiert, sei aus einer Kritik am Kapital als sich selbst verwertendem Wert abgeleitet. Das ist aber keineswegs so. Vielmehr entstand die These von der angeblichen Notwendigkeit der Wirtschaft zu wachsen aus der neoliberalen Kritik am Keynesianismus. Die 50er und 60er Jahre waren in den angelsächsischen Ländern von dieser wirtschaftspolitischen Richtung dominiert. Das bedeutete aktive Steuerung des Marktgeschehens durch staatliches Handeln. Insbesondere suchten die keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitiker, Absatzkrisen und Arbeitslosigkeit dadurch zu vermeiden oder zumindest gering zu halten, indem sie durch Staatsschuld finanzierte Nachfrageschübe inszenierten. Der

Verteilungskampf zwischen den Klassen wurde durch Wachstum gemildert und befriedet. Wird der zu verteilende Kuchen größer, sind alle Seiten besser zufriedenzustellen. Hier stehe die staatliche Wirtschaftssteuerung unter dem „Zwang“, Wachstum zu kreieren, lautete die Kritik der Neoliberalen, deren Vorhut in Deutschland der Sachverständigenrat und die Deutsche Bundesbank bildeten. Diesem Zwang zu widerstehen, sei die Pflicht marktgläubiger Regierungen. Erst dann werde aus den Marktkräften selbst jenes gesunde Wirtschaftswachstum erblühen, das dem staatlich induzierten „Zwang“ zu wachsen, entkommen sei.

Da die Fraktion der neoliberalen Marktgläubigen seit den 80er Jahren in allen alten kapitalistischen Ländern die Wirtschaftspolitik bestimmt (in Deutschland spätestens seit Helmut Kohls Übernahme der Kanzlerschaft 1982), lässt sich empirisch gesichert feststellen, dass vom blühenden Wachstum aus den sich selbst überlassenen kapitalistischen Marktkräften nicht die Rede sein kann. Das Wachstum ist vielmehr immer kümmerlicher geworden und wurde von Rezessionen unterbrochen. Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2007 liegt die Wirtschaftsleistung in der Hälfte der altkapitalistischen Länder unter dem Niveau von vor der Krise. Anders ausgedrückt: In Europa, Japan und Nordamerika findet im Aggregat seit 13 Jahren kein Wirtschaftswachstum (gemessen am BIP) mehr statt. Die Schlussfolgerung lautet: Es gibt im modernen Kapitalismus keine Gesetzmäßigkeit, die aus dem Verwertungsdrang des Kapitals zu einer dauerhaft wachsenden wirtschaftlichen Gesamtleistung führt. Im Gegenteil, das Gerede vom Wachstumszwang führt in die Irre.

Gefährliche Kritik

Es ist demzufolge auch falsch, gegen das Wachstum der Produktion und der gesellschaftlichen Gesamtleistung anzugehen. Diese fehlgeleitete Forderung findet sich in Abschnitt 2, These 8 der „Politischen Thesen des [damaligen, LZ] Sekretariats des Parteivorstands der DKP“ von 2010. Einleitend wird gegen die kapitalistische Produktionsweise ins Feld geführt, dass sie „an ihre natürlichen Grenzen stößt“. Das ist leider falsch. Vielmehr produ-

ziert der Kapitalismus nicht nur Katastrophen, er übersteht sie erfahrungsgemäß auch. Die Grenzen, an die er stößt, sind vielmehr gesellschaftliche Grenzen, die das Kapital selbst errichtet. Weiter unter beklagen die Autoren dieses Textes, dass das „Produktionswachstum nicht gestoppt werden“ kann, „so lange die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise die wirtschaftlichen Prozesse bestimmen“. Ein eigenartiges Argument für die Abschaffung des Kapitalismus. Kommunisten werden nicht einmal sich selbst, geschweige denn die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung davon überzeugen können, dass wir den Sozialismus brauchen, um das Wachstum abzuschaffen.

Grundsätzlich haben diejenigen recht, die sagen, wir könnten mit der Rettung des Planeten nicht warten, bis die Arbeiterklasse der Welt sich dazu bequem, den Sozialismus einzuführen. Der Kampf um die Lebensgrundlagen muss hier und heute geführt werden. Er ist dringlich. Allerdings muss unter allen Umständen vermieden werden, dass er in die falsche Richtung führt und die falsche Seite stärkt. In diese Gefahr geraten die Wachstumskritiker. Wer in seiner Lebensführung Verzicht übt, gehört noch nicht dazu. Wer allerdings Verzicht predigt, begeht diese Sünde. Völlig daneben ist es, für eine staatlich und von den Bürgern finanzierte Modernisierung der Elektrizitätsversorgung zu plädieren, wie sie derzeit als „Energiewende“ stattfindet.

Allgemein gesprochen kommt es darauf an, dass ökologische Forderungen weder direkt noch indirekt dem Ziel eines höheren Anteils der arbeitenden Klassen am erwirtschafteten Reichtum zuwiderlaufen. Das gilt natürlich auch international. Das heißt: ohne eine gerechtere internationale Wirtschafts- und Finanzordnung sind die Klimaziele, deren Umsetzung den herrschenden Regierungen überlassen werden, mehr als nutzlos.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] D. Meadows et al., *The Limits to Growth*, 1972.
- [2] MEW 23, S. 331 ff.
- [3] D. Harvey, *Seventeen Contradictions and the End of Capitalism*, 2014, S. 222.



INDUSTRIE 4.0 – „TECHNIKWUNDER“ ZUR VERSCHÄRFUNG DER KLASSENWIDERSPRÜCHE

Was in Deutschland Industrie 4.0 und sogar 4.0-Revolution genannt wird, heißt auf EU-Ebene „Digitale Autonomie Europa 3.0“ und beim Massachusetts Institute of Technology (MIT) sogar nur „The Second Machine Age“. Was angelsächsisch also einfach zweites Maschinenzeitalter genannt wird, wächst bei der EU schon zur Stufe 3, und in Deutschland geht es nicht unter einer 4.0-Revolution – damit nur ja niemand auf die Idee kommt, unter Revolution mehr als technische Wunder in der Produktionstechnik zu verstehen.

Was ist Industrie 4.0?

Was meint wohl das MIT mit zweitem Maschinenzeitalter? Nun, wie immer man zählen möchte, auf jeden Fall geht es um Maschinen. Was immer „digital“, „vernetz“, „Internet“ usw. heißt, es sind Automaten, Maschinen.

Dazu ein Beispiel: Im südenenglischen Hügelland bei Reading steht auf einer Anhöhe eine James-Watt-Dampfpumpe aus dem Jahr 1812. Das Maschinengehäuse ist ein vierstöckiges Haus, der Zylinder hat einen Durchmesser von 1000 mm. Die Steuerung der Dampfmaschine erfolgt über zentimeterdicke schwere Eisenstangen, die sich über mehrere Stockwerke erstrecken. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass diese Eisenstangen und ihre Verknüpfungen in schwerer Hardware die Abbildung der Maschinensteuerung darstellen. Eine feste, in Eisen gegossene Programmierung der Maschinensteuerung. Im Jahr 1812! Sogar einen Reset-Button hatte James Watt bereits vorgesehen: im 2. OG des Maschinenhauses befindet sich ein meterlanger Hebel mit Griff, der mit jeder Maschinenbewegung auf und ab geht. Wird der Griff festgehalten, bleibt die Maschine stehen.

Statt schwerem Eisengestänge kommen inzwischen federleichte Bits und Bytes zum Einsatz, die machen aber auch nichts anderes als schon James Watt im Jahr 1812. Das, was heu-

te Bits und Bytes erledigen, ist etwas, das schon lange in der Konstruktion von Maschinen angelegt war. Bits und Bytes sind einfach nur die moderne Übernahme der in Maschinen angelegten Logik. Einmal verselbständigt erlauben die digitalen Automaten dann auch die Erledigung weitergehender Aufgaben wie zum Beispiel die Verwaltung von Informationen.

Wir sehen also, Bits und Bytes sind Automaten, Maschinen. Dazu Karl Marx in „Lohnarbeit und Kapital“: „Die Herrschaft der aufgehäuften, vergangenen, vergegenständlichten Arbeit über die unmittelbare, lebendige Arbeit macht die aufgehäuften Arbeit erst zum Kapital“ [1]. „Aufgehäuften Arbeit“ – das sind die Maschinen, Automaten. Industrie 4.0 – das ist ein Projekt der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Entwicklungsstandes der „aufgehäuften Arbeit“ für die Herrschaft des Kapitals.

Bezüglich der Folgen merkte Marx bereits an, dass „die Maschinerie da, wo sie neu eingeführt wird, die Handarbeiter massenhaft auf das Pflaster wirft, und da, wo sie ausgebildet, verbessert, durch fruchtbarere Maschinen ersetzt wird, Arbeiter in kleinem Haufen abdankt“ [2]. Das steht hinter der schönen neuen Welt der Industrie 4.0, wir haben eben immer noch Kapitalismus, daran hat sich seit Marx nichts geändert.

Werden die Produktivkräfte heute von den Produktionsverhältnissen gehemmt?

In der Diskussionstribüne in der UZ, Nr. 11 vom 13. März 2015, lautet ein Hinweis: „Wir erleben in den Betrieben und der Gesellschaft auch, dass die Produktionsverhältnisse bisher scheinbar nicht spürbar zum Hemmnis der Produktivkräfte geworden sind oder als solche von der Mehrheit der Arbeiterklasse wahrgenommen werden“. Und Thomas Wagner schreibt in seinem Aufsatz „Arbeitszeit kürzen“ in der jungen Welt: „Wer in der Zentrale

des Suchmaschinenkonzerns Google in Kalifornien arbeitet, hat das große Los gezogen. Der Job ist gut bezahlt, das Kantinenessen kostenlos. Die Beschäftigten werden ermutigt, 20 Prozent ihrer Arbeitszeit der Entwicklung eigener Projekte zu widmen. Für Sport-, Spiel und Fitnessangebote ist gesorgt.“

Sind also die Produktionsverhältnisse bisher scheinbar nicht spürbar zum Hemmnis der Produktivkräfte geworden?

Bereits im „Manifest“ ist zu lesen: „Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“ [3]

Bei Thomas Wagner heißt es in der jungen Welt unter der Überschrift „Beschleunigte Krisendynamik“: „Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Prekarisierung ehemals festangestellter Beschäftigter schreitet in technisch hochentwickelten kapitalistischen Staaten mittlerweile in so großer Geschwindigkeit voran, dass sich Experten in den meinungsbildenden Blättern zunehmend alarmiert zeigen. Da die ‚Perspektiven vieler weniger qualifizierter Menschen auf sichere Arbeitsplätze in vielen Branchen‘ im Zeichen der digitalen Revolution verschwinden, befürchtet Gerald Braunberger, Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, politische Unruhen“.

Es könnte sein, dass die Bourgeoisie das auch so versteht, wenn sie sich veranlasst sieht, Rationalisierung mit dem Begriff „Industrie 4.0“ verbrä-

men zu müssen. Und gesetzliche und organisatorische Maßnahmen der Regierung wollen jetzt schon die Repressionsinstrumente einrichten, mit denen sie dann die Reaktionen der Arbeiterklasse auf die Hemmung der Produktivkräfte niederhalten können will. Ebenso fürchten wohl Teile der Gewerkschaftsführungen diese Reaktionen der Arbeiterklasse, so wie sie sich aktuell gerade an der Einschränkung des Streikrechts durch das Tarifeinheitsgesetz beteiligt haben.

Gefahr einer neuen Apokalypse?

Die industrielle Revolution brachte die Tendenz hervor, dass – wie Marx es be-

schreibt – der Mensch aus der Produktion heraustritt. Aber nicht verbunden mit einem besseren Leben, sondern mit Massenverelendung, Weltwirtschaftskrisen und zwei Weltkriegen. Die Tatsache, dass die massenhafte Einführung von Elektronik und IT nicht unmittelbar zur Entfaltung der nächsten Weltwirtschaftskrise führte, war der Systemkonkurrenz geschuldet, die dem Imperialismus Fesseln anlegte, ihn zeitweilig an der Entfaltung seines Wesens hinderte. Diese Phase relativer Krisenfreiheit ist seit 2008 vorbei. Spätestens mit „Industrie 4.0“ wird sich das Problem jedoch weiter zuspitzen, dass die Produktivkraft zur Lösung globaler Menschheitsfra-

gen, zur Abschaffung von Hunger und Armut und für ein gutes Leben aller Menschen vorhanden ist, sodass der Mensch in nie gekanntem Umfang aus der Produktion heraustritt – nur eben nicht wirklich in ein gutes Leben. Die Gefahr einer erneuten Apokalypse droht.

Quellen und Anmerkungen:

[1] MEW 6, S. 409.

[2] Ebd., S. 421.

[3] MEW 4, S. 468.



Ludwig Jost

„DAS SCHICKSAL DEUTSCHLANDS HÄNGT VON DER ZUKUNFTSFÄHIGKEIT UNSERER INDUSTRIE AB“

So äußerte sich der IG-Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel am 3. März 2015 in Berlin bei der Pressekonferenz zum Bündnis „Zukunft der Industrie“, als dessen Hauptinitiator er sich feiern ließ. Den Mitgliedern der IGM teilte er dazu – weitab von einer breiten innergewerkschaftlichen Diskussion – in der „metallzeitung“ vom Februar mit: „Wir brauchen Bündnisse, um den Industriestandort Deutschland zu sichern. Deshalb haben wir gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Arbeitgeberpräsident Grillo das Bündnis ‚Zukunft der Industrie‘ ins Leben gerufen. Die IG Metall kann und will weiterhin zum Erfolg der deutschen Wirtschaft beitragen. Das uns das gelingt, darauf ist Verlass.“

Für die Diskussion in den Gewerkschaften ist es wichtig zu wissen, wem Wetzel als „der deutschen Wirtschaft“ weiter zum Erfolg verhelfen will und dafür die Verlässlichkeit der IGM zusichert. Eine Frage, die eindeutig zu beantworten ist: Gemeint ist das Kapital, sind die Industriellen, die Kapitalisten. Wer sollte das sonst sein? Das sind diejenigen, die unsere Reihen mit Leiharbeit, Werkverträgen, Dumpinglöhnen und anderen Methoden ständig spalten und gegen die wir gerade noch für etwas mehr Lohn gestreikt haben. Sie

sind in 37 gewerkschaftsfeindlichen Kapitalverbänden organisiert, darunter das gesamte Monopolkapital, wie die Stahl-, Metall-, Elektro-, Chemie- und die Rüstungskapitalisten, die sich zusätzlich als „Arbeitgeberverband“ (BDA) oder „Gesamtmetall“, dem Dachverband aller regionalen Metallkapitalisten, organisiert haben und sich bei jeder Gelegenheit in den Medien als „die Wirtschaft“ und ebenso auf ihren Webseiten als deren „Stimme“ bezeichnen. „Bündnispartner“ Grillo ist Vorsitzender im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) – nach eigener Aussage der „Spitzenverband der deutschen Wirtschaft“.

Im „Dreiklang“ Minen räumen für die Zukunft des Kapitals

Assistiert von Wolfgang Schröder, dem Leiter der IGM-Grundsatzabteilung, erklärte Wetzel im Extranet der IGM vom Januar/Februar 2015: „Damit die deutsche Wirtschaft kommende Hürden meistert, müssen sich einige Rahmenbedingungen verbessern. Das gelingt erfahrungsgemäß immer dann, wenn der Dreiklang aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften stimmt.“

Von Gewerkschaftsseite sind an diesem „Dreiklang“ die Gewerkschafts-

vorstände von IG Metall, IG BAU und IG BCE beteiligt – eingeschlossen der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Als wären sie die persönlichen Besitzer der Gewerkschaften, haben sie über die Köpfe der Gewerkschaftsmitglieder hinweg Fakten geschaffen. Wer dabei beim Hürdenmeistern zunächst dran ist, lässt sich an der Entstehung des Tarifeinheitsgesetzes nachvollziehen. Als Basis dafür dient eine bereits 2010 vom DGB mit dem „Bund Deutscher Arbeitgeber“ (BDA) auf den Weg gebrachte „Gemeinsam getragene Gesetzesinitiative“. Im „Dreiklang“ wurde hier den Lokführern, Piloten, Ärzten und anderen das von der Klassenjustiz bereits genug zusammengestauchte Streikrecht aberkannt, um einen Teil unserer Klasse durch Entrechtung zu disziplinieren. Ohne Streikrecht bzw. durch Anbindung an Tarifverträge und Friedenspflicht der „vernünftigen Mehrheits-Gewerkschaften“ werden sie als an wichtigen Schaltstellen beschäftigte Stör- und/oder Risikofaktoren ganz „demokratisch“ ausgeschaltet bzw. auf Distanz gehalten. Die Bereitschaft, mit der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer dafür die Hand reichen, zeigt uns, womit wir rechnen müssen, wenn es um die Organisation von Widerstand geht, wenn das scheinbar über den Klassen stehende



Bündnis unsere Interessen für die „Zukunft der Industrie“ unter seine Füße tritt.

Die Akzeptanz „der Industrie“ steigern?

„Ziel ist es die Attraktivität der Industrie zu steigern und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken“, das hat der IGM-Vorsitzende Wetzels – unterstützt von ähnlichen oder fast gleichen Aussagen von Wirtschaftsminister Gabriel und BDI-Präsident Grillo – zur Bündnisaufgabe der Gewerkschaften erklärt. Dazu bedarf es Angriffe auf die Köpfe, auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse. Sie werden in einer von fünf dafür speziell gebildeten Arbeitsgruppen des Bündnisses mit Hilfe von Gewerkschaftsfunktionären vorbereitet. Damit wird das Bündnis zum Faustpfand und Druckmittel für Kapital und Regierung, um gewerkschaftliche Vertretungen, Belegschaften und Betriebsräte zu Zugeständnissen für die Industrie zu erpressen sowie von oben vieles rechtzeitig abzublocken und unterzubuttern, was sich als Kritik und Gegenbewegung, eventuell auch als Streiks, gegen die Expansionsziele des deutschen Imperialismus auch nur andeutet. Dass es darum geht, hat der BDI-Präsident auf oben genannter Pressekonferenz mit den Worten festgestellt: „Globalisierung tut Deutschland gut, aber häufig fehlt der Mut, es auszusprechen.“

Als Konsequenz daraus hat er für die Industrie im „Konkurrenzkampf mit den USA und Asien gute zielführende Rahmenbedingungen“ gefordert. Was hierbei für Herrn Grillo Globalisierung heißt, hat die Bundesregierung im Namen des deutschen Imperialismus durch ihre Sprachrohre Gauck und von der Leyen mit der „Übernahme neuer Verantwortung in der Welt“ erklären lassen. In dieses Konzept passen das Verbot bestreikter Verkehrs- und Transportwege. Das gilt gleichermaßen für bestreikte Krankenhäuser, wenn die imperialistischen Konkurrenten keine andere Möglichkeit mehr sehen, als übereinander herzufallen, um Rohstoffquellen, Einfluss- und Absatzgebiete durch Krieg zu verteidigen bzw. neu aufzuteilen und es uns nicht gelingt, das zu verhindern. Mit den oben genannten Gewerkschaftsführern an der Seite könnte der „Dreiklang“ dann leicht als

Anti-Streikbündnis funktionieren, in dem das unter den Titel „Tarifeinheit“ gestellte Streikverbot als Vorlage für die Ausdehnung auf andere Bereiche und Betriebe und damit zur Disziplinierung der ganzen Arbeiterklasse genutzt und – wie unter dem Hitlerfaschismus gehabt – zur Dienstverpflichtung gemacht wird.

Historische Analogie

„Burgfrieden“ heißt die passende Analogie aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Bündnis, welches die Gewerkschaftsführer des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) vor mehr als 100 Jahren im 1. Weltkrieg schlossen, diente dazu, Kapitalinteressen ungestört von Streiks und durch Krieg gegen andere Nationen durchzusetzen. Auch damals erklärten Gewerkschaftsführer die Existenz der „Deutschen Industrie“ zur „Schicksalsfrage“ und ließen ihre Generalkommission dazu feststellen: „Der Ruin der deutschen Industrie würde sogleich der Ruin der Arbeiterklasse sein, jede erfolgversprechende gewerkschaftliche Arbeit wäre damit abgeschnitten [...]. In einem besiegten Deutschland wäre nach Verwirklichung der Kriegsziele der Gegner auch keine ernste Fortführung der Sozialreform zu erwarten, weil die materiellen Voraussetzungen fehlen müssten [...]. Für ihre Fortentwicklung und die Lösung ihrer Aufgaben [gemeint sind die Gewerkschaften LJ], wie für die Emanzipation der deutschen Arbeiterklasse überhaupt, ist der Sieg Deutschlands eine absolute Notwendigkeit“ [1]. Wie dieses „Burgfrieden-Bündnis“ endete, ist bekannt: Millionen von Arbeitern verloren hierbei die eigene Zukunft, als sie auf dem „Felde der Ehre“ für die „Zukunft der Industrie“ starben oder als von Granaten und Bomben zum Krüppel geschossene Menschen nach Hause kamen.

Aus der Geschichte lernen!

Aus der Geschichte lernen, war und ist die Forderung vieler Gewerkschaftskonferenzen und der Veranstaltungen, die im vergangenen Jahr zum Thema „100 Jahre 1. Weltkrieg“ aufgestellt wurden. Darum ist es höchste Zeit, in den Gewerkschaften die Konsequenz zu ziehen: Es muss verhindert werden, dass Gewerkschaftsführer mit ihrem selbstmörderischen Drang nach Bünd-

nissen mit Kapital und Regierung den Boden für neue „Volksgemeinschaftsideologien“ bereiten und dabei nicht nur die Existenz der Gewerkschaften erneut zur Schicksalsfrage für die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen machen. Fest steht jedenfalls: Der „Wirtschaft“ zum Erfolg zu verhelfen, heißt sich selber Handschellen anzulegen und dem Kapital zu helfen, seine Macht über uns zu vergrößern und gegebenenfalls im wörtlichen Sinne des Wortes „im Gleichschritt mitzumarschieren“! Das kommt einer Selbstaufgabe des Gewerkschaftszwecks und der gewerkschaftlichen Aufgaben zur Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen gleich. Die Gewerkschaften wurden nicht gegründet, um Kapitalinteressen zu vertreten, sondern um uns vor der Willkür und den Angriffen des Kapitals auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schützen.

Wir brauchen sie als unsere Kampforganisationen, um unsere ökonomischen Forderungen durchzusetzen. Und das gilt noch mehr für die Verteidigung und Durchsetzung demokratischer Rechte und die Abwehr von Faschismus und Krieg. Soweit es hierbei um die Organisation von Bündnissen geht, brauchen wir die in unserer Klasse, nämlich von Betrieb zu Betrieb und von Gewerkschaft zu Gewerkschaft. Es geht darum, sich daran zu erinnern, dass sich im Kapitalismus die Interessen von Arbeit und Kapital unversöhnlich gegenüberstehen. Dieses Erkenntnis muss die Grundlage sein, auf der wir über die 1.-Mai-Lösung des DGB: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ diskutieren – mit dem Ziel, in Betrieben und Gewerkschaften den Kampf für die Abschaffung des kapitalistischen Ausbeutungssystems und damit der Lohnarbeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn wir den Vorschlägen und Ratschlägen der am Bündnis „Zukunft der Industrie“ beteiligten Gewerkschaftsführer folgen, dann bleibt es bei der Lohnarbeit fürs Kapital mit der vom Kapitalismus nicht zu trennenden Gefahr von Faschismus und Krieg!

Quellen und Anmerkungen:

[1] Zitiert nach M. Ruck, Gewerkschaften, Staat, Unternehmen, Köln 1990, S. 140 f.



ARBEITERKLASSE HEUTE

ZUR KLASSENTHEORETISCHEN DISKUSSION IN T&P

Die Überlegungen von Thomas Lurchi zur Broschüre von Ekkehard Lieberam [1] zwingen zum weiteren Nachdenken. Zu diesem Problemkreis hat sich ein immenser Literaturfundus unter politischen, soziologischen und ökonomischen Aspekten angehäuft. Deshalb versteht sich, dass mein kurzer Beitrag nur die Richtung meines Denkens andeuten kann, die ich in vielen meiner Arbeiten artikuliert habe – zuletzt in meiner Rezension zu „Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiterklasse“ [2]. Ich bleibe zunächst bei dieser Schrift, da sie die Grundrichtung des theoretischen Denkens von Lieberam verdeutlicht.

Offen an der Parteifrage

Bereits dieser Band stellt eine Grundlage für weiteres Forschen dar. Wenn Lieberam die Kardinalfrage der Debatte – wer das gesellschaftliche Subjekt progressiver gesellschaftlicher Umgestaltung im 21. Jahrhundert ist – so beantwortet: alle Ausgebeuteten, die arbeitende Klasse in ihrer Gesamtheit mit ihrem Kern, der Industriearbeiterklasse im Bündnis mit den Mittelschichten, so hat er meine volle Zustimmung. Er meint zutreffend, dass der „Kampf gegen die mit ‚Zwang gepanzerte Hegemonie‘ der Kapitalherrschaft ohne ein politisches Zentrum von Gegenmacht keinerlei nachhaltige Chancen“ hat. Allerdings unterlässt er eine Orientierung darauf, dass die Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft zwingend eine moderne marxistische Partei verlangt, die im 21. Jahrhundert davon ausgeht, dass im imperialistischen Spätkapitalismus die innere Zersetzung des Kapitalismus zugleich objektiv durch die weitere Vergesellschaftung der Produktion („Globalisierung“) den Sozialismus/Kommunismus auf die welthistorische Tagesordnung setzt, obwohl wir uns noch nicht vor einer revolutionären Situation befinden. Die DKP könnte auf ihrem künftigen Parteitag diesen Weg weiter beschreiten. Lieberam lässt bereits in dieser Schrift diese lebenswichtige Frage offen. Er lässt sie auch in seiner von Lurchi bespro-

chenen Schrift offen und vermeidet so die marxistische Folgerung, dass nur mittels einer zeitgemäßen kommunistischen Partei durch den Wiederaufbau des sozialistischen subjektiven Faktors grundlegende Bedingungen zur Bewältigung dieser Probleme geschaffen werden können.

Herausbildung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters ...

Mein Ansatz zur Lösung der von Lurchi aufgeworfenen Fragen ist die Kardinalfrage nach der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) als nachweisbare Tatsache (Praxis) für die gegenwärtige und zukünftige „Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse“. Schwachpunkte der von Lieberam und Miehe herausgegebenen Schrift sind nicht nur die „abstrakt-allgemeine“ Behandlung des subjektiven Faktors, sondern auch die Unterbelichtung der Folgen der wissenschaftlichen-technischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Lurchi entwickelt hier die These von der „Entstehung neuer industrieller Kerne“, die auch insofern meine Meinung tangiert, dass wir es heute mit der Herausbildung eines „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ zu tun haben, worauf Marx bereits im Kapitalismus der freien Konkurrenz embryonal verwies [3]. Diese Position involviert folgende Tatsachen: Für Marx, Engels und Lenin waren Lohnarbeiter nicht nur die Industriearbeiter, sondern Lohnarbeiter schlechthin. Der historische Rückgang der Industriearbeiter im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution – der weitergeht – ist eine Tatsache. Aber das bedeutet kein Absterben, sondern die Entwicklung der Arbeitenden zum „gesellschaftlichen Gesamtarbeitenden“ (Marx), der heute die Mehrheit als Lohnarbeiterklasse bildet, zu der in steigendem Maße auch Wissenschaftler, intellektuell Arbeitende und andere Bevölkerungsschichten gehören, die notwendige Arbeit (direkt oder indirekt) verrichten. Zunehmende Bedeutung kommt der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu, die im rea-

len Sozialismus faktisch unrichtig von der Arbeiterklasse getrennt wurde. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass Marx selbst die Proletarier als Lohnarbeiter definierte, also nicht nur als Industriearbeiter oder gar Handarbeiter. Und am Ende des dritten Bandes seines „Kapitals“ spricht Marx wiederum vom Lohnarbeiter und von seiner möglichen Spaltung in Interessengruppen [4]. Und es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass dieses Kapitel nicht zu Ende geschrieben worden ist. Die heutigen Marxisten sollten dies tun und dabei davon ausgehen, dass das dialektische Weiterführen dieser Erkenntnis in Richtung „gesellschaftlicher Gesamtarbeiter“ gemäß den Erfordernissen unserer Zeit wohl entscheidend zur Neuformierung des sozialistischen subjektiven Faktors ist.

... als offenes Subjekt

Mein Ausgangspunkt vom Lohnarbeiter schlechthin zwingt uns, heute bei der soziologischen Klassenanalyse das System von Klassen und Klassenverhältnissen primär mit den Eigentumsverhältnissen zu begründen und hierbei zugleich das relativ selbständige System soziologischer Schichtung sowie auch die Unterschiedlichkeit der Bildungs- und Arbeitsprozesse im Blickfeld zu behalten. Aber der generelle Blick bei der Suche nach dem Subjekt einer künftigen Befreiung mündet in den „gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“, der heute äußerst differenziert, individualisiert und automatisiert durch sehr unterschiedliche Arbeitssituationen und Lebensweisen geprägt ist. Nichtsdestotrotz zeigt er sich als eine Klassenbewegung der Lohnarbeiter, die sich zunächst punktuell und partiell als Widerstand, Verweigerung, Ablehnung des Systems (der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft) und ihrer Organisationen sowie der gegebenen Machtlogik artikuliert. Der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“ umfasst die große Mehrheit der Bevölkerung als Lohnarbeiterklasse. Er verkörpert das theoretische und praktische Gesamtinteresse dieses Subjekts, und zwar als ein offenes Subjekt.



Er ist nach innen für verschiedene Interessenlagen dieses Gesamtarbeiters offen und nach außen für spezifische Interessen neuartiger Bündnisbeziehungen mit anderen Volksschichten bis hin zu sozial Ausgegrenzten und dem Bürgertum. Der Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt heute bezieht sich so auf die Durchsetzung von Aufgaben und Zielen, die sowohl klassenspezifisch wie auch die Klassen übergreifend sind. Meine Folgerung: Aus dieser Sicht kann im Kern der gesellschaftliche Gesamtarbeiter Schöpfer und Gestalter einer künftigen sozialistischen Gesellschaft sein. Insofern greift diese Erkenntnis, die zugleich die Formierung einer breiteren Subjektivität und Anerkennung ihrer Pluralität verlangt, auch in den Kernbestand der Marxschen Theorie ein – als dessen Weiterführung für das 21. Jahrhundert [5].

Fazit: Weit? Eng? Gesamt!

Lurchi hat Recht, wenn er sich gegen die Konzeption von Lieberam wendet, der für eine Pluralisierung des Begriffs der Arbeiterklasse eintritt, indem er auf dem Paradigma der sozialen Differenzierung innerhalb der Lohnarbeiter argumentiert. Damit ist die Pluralisierung des Klassenbegriffs „Arbeiterklasse“ angesagt und die Frage nach dem revolutionären Subjekt neu gestellt. In meinen Augen ist das

revolutionäre Subjekt heute der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“, der zunehmend von der wissenschaftlich-technischen Intelligenz geprägt wird. Lurchi folgert ähnlich: „Vor diesem Hintergrund kommt es nicht etwa zu einer Schrumpfung, sondern zu einer Neuzusammensetzung der industriellen Kerne. Die Arbeiterklasse verändert gewissermaßen ihr Gesicht. Immer weniger Blaumänner treffen auf immer mehr Weißkittel.“ Allerdings: Fest steht für mich, dass der gesellschaftliche Wandel durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die heute im Gang ist und der sich niemand entziehen kann, auch für die Arbeitswelt insgesamt langfristig den Rückgang von Arbeitsplätzen („Blaumänner“ und „Weißkittel“) in Richtung Software mit sich bringen wird. Endgültig lösen lässt sich das Problem „Mensch und Maschine“ für die Werktätigen erst, wenn sie „selbst über die Produktion bestimmen [...] in einem sozialistischen Gesellschaftssystem. Da wir davon noch weit weg sind, ist der Kampf um Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne und Arbeitsbedingungen, gegen Leiharbeit und befristete Verträge notwendig“ [6]. Die DKP fordert für eine längere historische Kampfphase folgerichtig zu Recht: „Verbot von Minijobs und Leiharbeit! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn

und Personalausgleich! Weg mit Hartz IV! Bedarfsdeckende Versorgung mit Ganztagsplätzen in Kitas und Schulen! Nein zur Rente mit 67! Qualifizierte Bildung und Ausbildung!“ [7]

Abschließend: In meiner Sicht vermeidet die Position vom „gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“, eine schematische Gegenüberstellung von „weitem“ und „engem“ Begriff der Arbeiterklasse, da sie die Lohnarbeiter insgesamt im Auge hat und zugleich die zentrale Frage nach dem revolutionären Subjekt neu beantwortet.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Th. Lurchi, Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse – Paradigmenwechsel in der Klassenanalyse. Anmerkungen zu Ekkehard Lieberam, T&P #38.
- [2] Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter, hrsg. von E. Lieberam u. J. Miehe, 2011, Pahl Rugenstein. Die Rezension des Autors erschien in Marxistische Blätter #2-11.
- [3] MEW 23, S. 531 f.
- [4] MEW 25, S. 892 f.
- [5] Dazu ausführlich: Ingo Wager, Probleme eines „Ausbruchsprogramms“, in: Bulletin Geraer sozialistischer Dialog, 26. Dezember 2010, S. 8 ff.
- [6] R. Münder, Welche Auswirkungen hat „Industrie 4.0“, in: UZ vom 13. Februar 2015.
- [7] UZ-Extra vom 6. März 2015.



Dagmar Henn

UKRAINE: DEUTSCHE „FRIEDENSFREUNDE“ UND DAS RECHT AUF WIDERSTAND*

Der Frieden war selten in einem solchen Ausmaß bedroht wie heute. Es brennt nicht eine Straße weiter, es brennt auf unserem Stockwerk. Und unsere Bundesregierung schüttet eifrig Öl ins Feuer.

Gemeint ist nicht der IS, gemeint ist das, was in der Ukraine seit etwa über einem Jahr geschieht. Gemeint ist ein Bürgerkrieg, der nicht nur geduldet, sondern gefördert wird. Viele schreckliche Bilder zeugen von diesem Krieg, von zerschossenen Häusern und zerrissenen Menschen im Donbass und

von Odessa, wo ein faschistischer Mob am 2. Mai letzten Jahres Dutzende seiner Gegner im Gewerkschaftshaus erschoss, verbrannte oder erschlug.

Faschismus deutscher Züchtung

Diese Bilder zeugen davon, dass im letzten Jahr etwas Ungeheuerliches geschah: Der Faschismus ist nach Europa zurückgekehrt. Davon spricht die Bundesregierung nicht. Dabei ist dieser ukrainische Faschismus eine deutsche Züchtung; der neue Nationalheld der jetzigen Kiewer Machthaber,

Stefan Bandera, wurde von den Nazis gefördert und finanziert, schon lange vor dem deutschen Überfall auf Polen 1939. Die ukrainischen Nationalisten, die unter anderem das SS-Bataillon Nachtigall stellten, dessen Symbol heute wieder beim ukrainischen Nazi-Freikorps Asow auftaucht, waren an den Massakern in Lemberg und Babi Yar beteiligt; sie stellten Wachen in Konzentrationslagern, und sie waren selbst nach der Niederlage Nazi-Deutschlands jahrelang als Terroristen in der Sowjetunion tätig, finanziert und gelenkt unter anderem vom BND.

Der Maidan hat eine Ukraine geschaffen, die vor allem von einem geprägt ist, von einem zügellosen Hass gegen alles Russische. Ein Hass, der mit 500 Millionen Euro Bürgschaft der Bundesregierung und einem Kredit vom IWF und von der EU in Höhe von 40 Milliarden großzügig finanziert wird.

Deutsche Friedensfreunde?

Es wird oft behauptet, Steinmeier und Merkel hätten um einen Frieden gerungen. Aber in Wahrheit war es die EU – und damit vor allem Deutschland, die Janukowitsch unter Druck gesetzt haben, er müsse das Assoziierungsabkommen unterschreiben. Und es war Steinmeier, der im Februar letzten Jahres ein Abkommen unterzeichnete, das die damalige „Opposition“ friedlich an die Macht bringen sollte, nur um wenige Tage danach die Putschregierung sofort anzuerkennen. Oder: Hat Merkel etwa gerügt, dass die Bedingungen des Minsker Abkommens nicht eingehalten werden? Nein, das hat sie nicht. Sie hat Jazenjuk gelobt und ihm die weitere Unterstützung der Bundesregierung zugesichert.

Im vergangenen Sommer, als der erste Hilfskonvoi aus Russland unterwegs war, hat auch die Bundesregierung ein großes Geschrei erhoben, dass dieser Hilfskonvoi nicht in den Donbass fahren dürfe, weil damit die „territoriale Integrität der Ukraine“ verletzt würde – und dass, obwohl die Genfer Konvention ziemlich eindeutig besagt, dass humanitäre Unterstützung nicht behindert werden darf.

Interessant ist auch: Im Fernsehen wurde berichtet, dass die Bundesregierung 20 Opfer des ukrainischen Bürgerkriegs in deutschen Krankenhäusern behandeln ließe. Aber wen lässt sie denn behandeln? Kinder aus dem Donbass, die durch den Artilleriebeschuss der Städte schwer verletzt wurden? Nein. Angehörige von Nazibataillonen, die diese Städte beschießen. So sieht die deutsche Unterstützung für die Opfer dieses Krieges aus!

Wenn sie es wirklich wollten, hätten die deutschen „Friedensfreunde“ jederzeit die Möglichkeit, dem Kiewer Spektakel „den Stecker zu ziehen“. Die Ukraine ist nämlich pleite. Aber sie erhält großzügig deutsches Geld.

Ohne dieses Geld wäre der Krieg im Donbass schnell Geschichte. Und wer glaubt Berlin wüsste nicht wie man das macht – eine Regierung an die Kandre nehmen – muss sich nur ansehen, wie Schäuble und Co. mit Griechenland verfahren.

Waffen und Propaganda

Aber dieser Zynismus ist noch nicht das Schlimmste, was der deutsche Imperialismus zu bieten hat. Auch die immer weiter eskalierende Sanktionspolitik gegenüber Russland, die mit völlig hanebüchenen Vorwänden betrieben wird, ist nicht das Schlimmste. Das Schlimmste hingegen ist eine anrollende Kriegsmaschinerie, die nicht nur die Gestalt von US-amerikanischen Panzern hat, die quer durch Osteuropa rollten. Sie hat auch die Gestalt von deutschen Kampfflugzeugen, die schon seit letztem Sommer im Baltikum aufsteigen, jedes zweite Mal mit scharfer Munition. Sie hat die Gestalt von ununterbrochenen Manövern der NATO, ob im Schwarzen Meer, im Baltikum oder immer wieder auch in der Ukraine.

Die Kriegsmaschinerie wird dabei begleitet von einer anhaltenden und umfassenden Propagandawelle. Nirgends ist diese Propaganda so dicht wie in Deutschland. Wäre diese Propagandawelle möglich gegen den Willen der Regierung, gegen Friede Springer und Liz Mohn – die Eigentümer der beiden größten Medienkonzerne, die regelmäßig mit Frau Merkel Kaffee trinken? Wäre sie möglich, wenn Merkel oder Steinmeier widersprechen würden?

Aber sie widersprechen nicht. Im Gegenteil: In der ausländischen Presse (und damit meine ich nicht die russische) lässt sich lesen, dass die Bundesrepublik die Sanktionen gegen Russland in der EU durchgesetzt hat. Sie haben also nicht nur nicht widersprochen. Sie haben diese Politik vorangetrieben. Sie sind keine hilflosen Opfer einer US-amerikanischen Aggression, sie gehören selbst mit zu den Aggressoren. Es wäre ohne weiteres möglich, die internationalen Organisationen, die eine nach der anderen verheizt werden, zu nutzen, um die Entwicklung aufzuhalten. Die OSZE sieht alles, aber benennt nichts. Alle diese „edlen“ und „guten“ Institutionen, wie

z. B. Amnesty International, schweigen sich aus über die Verbrechen, die in der Ukraine begangen werden.

Widerstandsrecht

Es wird nötig, das was unsere Verfassung sein soll, wieder ernstzunehmen. Im Artikel 26 des Grundgesetzes steht: Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Die Finanzierung des ukrainischen Bürgerkriegs ist eine solche Handlung, die geeignet ist und in der Absicht vorgenommen wird, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.

Das Grundgesetz wurde nicht allzu lang nach dem Ende eines Angriffskrieges geschrieben, der von deutschem Boden ausging. Es gibt keine andere Handlung, die so klar und eindeutig verurteilt wird. Es gibt an dieser Stelle eigentlich keinen Spielraum für Interpretationen. Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Das ist eindeutig. Ein Angriffskrieg ist in der Sprache des Grundgesetzes das ultimative Verbrechen. Ein so ungeheuerliches Verbrechen, dass schon die Vorbereitung klar und unmissverständlich als Bruch mit der Verfassung gesehen wird.

Was bedeutet es, wenn eine Regierung an einem für das Leben ihrer Bürger so entscheidenden Punkt, wie der Frage von Krieg und Frieden, die Verfassung bricht? Was wäre, wenn die Bundesregierung eines Tages erklärt, dass sie Truppen in die Ukraine schickt? Sie würde auf gravierende Weise gegen die Verfassung verstoßen. Für solche Fälle lässt sich im Grundgesetz auch etwas finden. Der Artikel 20, Absatz 3. Da steht nämlich: Gegen jeden, der es unternimmt diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Das ist, so verblüffend es klingt, das Recht zum Widerstand. Dieser Satz enthält nur die Einschränkung „wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“. Er



enthält nicht die Einschränkung „im Rahmen geltender Gesetze“.

Brecht schrieb im Jahre 1951: „Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.“ Wir alle wissen, wie es enden kann, wenn an der

Kriegsschraube weiter gedreht wird. Kriege werden nicht nur mit Soldaten geführt. Sie brauchen Buchhalterinnen und Lastwagenfahrer, sie brauchen Züge und Straßen, sie brauchen Telefone und Stromnetze. Sie brauchen eine ungeheure Zahl an Menschen, die willig kooperieren. Dazu und zu nichts anderem dient die Propaganda, mit der man uns Tag für Tag beschallt.

Wir müssen daran erinnern, dass wir die Macht haben, diese Kooperation zu verweigern.

** Der Artikel beruht auf einem Redebeitrag, den unsere Autorin auf dem Ostermarsch in Würzburg gehalten hat.*



Markus Bernhardt

PEGIDA & Co. – LESSONS LEARNED

Die rassistische „Pegida“-Bewegung und ihre lokalen Ableger stellt Antifaschisten und Linke aller Couleur vor ernsthafte Herausforderungen. Auch wenn es um die rassistische Bewegung zeitweilig wieder etwas ruhiger geworden war, liegt die Notwendigkeit einer Debatte über einen geeigneten antifaschistischen Umgang mit „Pegida“ auf der Hand. So sind Antifaschisten konfrontiert mit einer rassistischen Massenbewegung, die auch von offen faschistischen Kräften wie etwa den Parteien „Die Rechte“ und der NPD unterstützt wird. In Zeiten zunehmender Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte und damit verbundener Anschläge und Attacken, die nicht selten auf Stichwortgeber aus der selbsternannten politischen Mitte dieser Republik zurückzuführen sind, hat sich ein wüstes Sammelsurium an extremen Rechten, Unzufriedenen, rechten Hooligans, fundamentalistischen Christen und anderen Ewiggestrigen etabliert, welches mancherorts keineswegs frei von Erfolg agiert.

Charakter der Bewegung

Um „Pegida“ künftig erfolgreich bekämpfen zu können, müssen jedoch die existierenden lokalen Unterschiede der jeweiligen rechten Zusammenschlüsse beachtet werden. Während im Osten der Republik – vor allem in Sachsen – Tausende so genannte Normalbürger an den Aufmärschen, der noch recht jungen und vollends faktenfrei agierenden Bewegung teilnahmen, waren es im Westen – etwa in Düsseldorf oder Duisburg – die sattsam bekannten Kader und Anhänger neofaschistischer bzw. extrem rassistischer Parteien.

Dass „Pegida“ ausgerechnet in Sachen breiter aufgestellt und wesentlich erfolgreicher agiert, liegt dabei auch an den lokalen Voraussetzungen, also der überdurchschnittlich rechtskonservativen politischen Landschaft im Freistaat, die von einer stabilen CDU-Hegemonie seit der Annexion der DDR und enormen Wahlerfolgen von rechtspopulistischen und neofaschistischen Parteien wie AfD und NPD geprägt ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den „Pegida“-Protesten in Dresden bzw. Sachsen eint vor allem eine diffuse Wut auf die Herrschenden, die jedoch nicht wirklich detailliert benannt wird und sich keineswegs gegen „die“ Herrschenden, sondern vor allem gegen gesellschaftlich sowieso schon marginalisierte Gruppen richtet. Ganz offensichtlich ist antimuslimischer Rassismus das verbindende Moment, wenngleich es sich in der Realität dabei nur vordergründig um einen reinen antimuslimischen Rassismus handelt, da er sich im Endeffekt gegen alles und jeden richtet, der in den Augen von „Pegida“ als „undeutsch“ zu charakterisieren wäre.

Bemerkenswert ist außerdem, dass ausgerechnet notorische Antisemiten aus neofaschistischen Parteien für die Verteidigung des „christlich-jüdischen Abendlandes“ auf die Straße gehen, was keineswegs als Abkehr vom Antisemitismus, also einem politischen Kernelement von Neofaschisten, misszudeuten ist. Im sogenannten rechtspopulistischen Lager kam es hingegen bereits vor Jahren zu einem tatsächlichen Paradigmenwechsel in Sachen Antisemitismus. So legten sich unter anderem die österreichische FPÖ, die

deutsche Splitterpartei „Pro NRW“, der belgische Vlaams Belang und andere so genannte rechtspopulistische Parteien auf eine Solidarität mit dem Staat Israel, den sie als ein Bollwerk gegen die von ihnen ausgemachte „islamistische Gefahr“ betrachten, fest. Vor diesem Hintergrund verwundert kaum, dass sich bei vergangenen „Pegida“-Aufmärschen fundamentalistische Christen, extreme Rechte und Rassisten die Hand reichten, die sich durch ihren westeuropäischen Chauvinismus, ihre Liebe zum Staat Israel – was keineswegs Jüdinnen und Juden meint – und ihr explizit antimuslimischer Rassismus verbunden fühlen. In Sachen Israel-Solidarität und antimuslimischen Rassismus kommt es zunehmend zu einer Art Querfront von Personen aus der Islamhasser-szene, Anhängern des SPD-Politikers Thilo Sarrazin, so genannten Antideutschen und originären Rassisten. Zwar war der von „Pegida“ in Dresden unternommene Versuche, die antiislamischen Proteste weiter zu internationalisieren, in dem sie den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders in der sächsischen Landeshauptstadt auftreten ließen, nicht von dem erhofften Erfolg gekrönt worden. Trotzdem sollte die antifaschistische Linke sehr genau beobachten, welche rassistischen Bündiskonstellationen sich auf europäischer Ebene zunehmend zusammenfinden.

Aufgeräumt werden muss zudem auch mit der Fehleinschätzung, dass es sich bei den Anhängern rassistischer Bewegungen um die sozial Deklassierten und Abgehängten dieser Republik handele. Dagegen haben

„Pegida“ und AfD deutlich gemacht, dass zunehmend reaktionäre Teile der so genannten Mittelschicht, die ihren Absturz fürchten und über ausgeprägt ökonomistische und antihumanistische Einstellungen verfügen, eine neue Massenbasis für fremdenfeindliche Bewegungen darstellen. Die Anhänger von „Pegida“ und AfD eint zudem ihr Wohlstandschauvinismus, der sich mit Rassismus und Entsolidarisierung, sowie mit neoliberalen Wettbewerbsideologien paart.

Wiederholung der Geschichte

Die Reaktion der etablierten Politik vor allem in Sachsen erinnert übrigens an die Vorgänge in der so genannten Nachwendzeit. Als Konsequenz aus den mörderischen rechten Anschlägen in Rostock, Solingen und Mölln wurde damals in einer übergroßen Koalition das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Das heißt, der rechte Mob gibt den Ton vor und die etablierte Politik folgt. So auch in Sachsen, wo etwa die regierenden Christdemokraten auf der einen Seite Gespräche mit „Pegida“-Organisatoren führten und als Konsequenz aus den rechten Massenaufmärschen ein härterer Kurs gegen Flüchtlinge gefordert wurde und wo Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) „die üblichen Antifa-Reflexe“ gegenüber „Pegida“ ablehnte.

Wer „Pegida“ künftig erfolgreich bekämpfen will, wird somit keinesfalls auf eine entschlossene Kritik und Auseinandersetzung mit den bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen verzichten können. Auch wenn es derzeit wie-

der ruhiger um die Bewegung geworden ist, verschwunden sind ihre reaktionären und auf Ausgrenzung beruhenden Denkmuster damit keineswegs. Sollte es hingegen künftig zunehmend zu einem gemeinsamen Agieren von „Pegida“, AfD, so genannten „Lebensschützern“ und „Besorgten Eltern“ mit den explizit rechten Anhängern der „Montagsmahnwachen“ bzw. dem Spektrum rund um den Ex-Linken Publizisten Jürgen Elssäser kommen, stünde die antifaschistische Linke vor der Aufgabe, eine rechte Massenbewegung bekämpfen zu müssen, die so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr wäre.

Näher an den Menschen

Diese Aufgabe wäre für die aktuell äußerst desolat aufgestellte Linke jedoch kaum zu meistern. Seit Jahren fehlt es an einer antifaschistischen Strategie- und Bündnisdebatte. Individualismus und Befindlichkeiten haben die politischen Kernelemente der (radikalen) Linken, wie etwa einen offensiven Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik und Kapitalismus abgelöst. Dass Themen wie die Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise des vorherrschenden Systems, soziale Abstiegsängste der Bevölkerung, Krieg und auch die Flüchtlingspolitik mittlerweile mehrheitlich von Rechten besetzt und bearbeitet werden, ist der Schwäche, vor allem aber der Ignoranz der politischen Linken und auch der Gewerkschaften geschuldet. So verlaufen nicht wenige politische Debatten nicht mehr im Kontext von linken Werten wie Humanismus und Solidarität,

sondern im Kontext von Marktfundamentalismus und einem neoliberalen Individualismus. Die politische Linke wäre daher gut beraten, ihr Ohr wieder näher an den Menschen zu haben und deren Nöte und Ängste wieder ernster zu nehmen, sonst droht sie zunehmend kaum mehr als Teil einer Lösung, sondern vielmehr als Teil des Problems wahrgenommen zu werden.

Konkret steht die politische Linke vor der Aufgabe, sich auf ihre politischen Kernelemente zurückzubekennen und die Arbeit an der Basis, in Stadtteilen und Betrieben zu verstärken und sich aus der oftmals selbstgewählten Isolation zu befreien. Sektierertum war nie das Gebot der Stunde. Befreit von inhaltlichen Positionen in eine Bündnispolitik gegen „Pegida“ & Co. einzusteigen, kann der Weisheit letzte Schluss jedoch auch nicht gewesen sein. Das bedeutet konkret, sich von kriegsfreundlichen „Nazigegnern“ ebenso abzugrenzen, wie von antimuslimischen Rassisten, von denen es in den Reihen der „Nazigegner“ keineswegs nur welche bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD gibt. Wer keine Antworten auf die Legitimationskrise des Kapitalismus vorzubringen hat, oder sich dieser Notwendigkeit sogar verweigert, ist bezüglich des Erstarkens rechter und rechtspopulistischer Massenbewegungen keineswegs frei von Verantwortung. An einer schonungslosen Bestandsaufnahme des eigenen bisherigen Wirkens führt daher kein Weg vorbei.



SPENDENAUFTRUF

DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich.
Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz, Spendenkonto Theorie und Praxis, Konto-Nr.: 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

INHALT

<i>Johannes Magel</i> Editorial	1
<i>Johannes Magel</i> Nachruf Renate Münder	2
<i>Renate Münder/Jürgen Lloyd</i> Kommunisten und Nation	3
<i>Andreas Wehr</i> Die Bedeutung der Nation für eine revolutionäre Strategie	5
<i>Andreas Wehr</i> Der Kampf der österreichischen Kommunisten um die Nation	7
<i>Aitak Barani</i> Der Kitt des Neuen Nationalismus: Antimuslimischer Rassismus	8
<i>Albano Nunes</i> Die weltweite kommunistische und revolutionäre Bewegung	10
<i>Hans-Günter Szalkiewicz</i> Vor dem Parteitag: Die nächsten Aufgaben der Marxisten	12
<i>Thomas Mehner</i> Dabeisein ist nicht alles!	14
<i>Kurt Baumann</i> Der Gebrauchswert des Marxismus-Leninismus	16
<i>Lucas Zeise</i> Vom angeblichen Wachstumszwang	17
<i>Helmut Woda</i> Industrie 4.0 – „Technikwunder“ zur Verschärfung der Klassenwidersprüche	20
<i>Ludwig Jost</i> „Das Schicksal Deutschlands hängt von der Zukunftsfähigkeit unserer Industrie ab“	21
<i>Ingo Wagner</i> Arbeiterklasse heute	23
<i>Dagmar Henn</i> Ukraine: Deutsche „Friedensfreunde“ und das Recht auf Widerstand	24
<i>Markus Bernhardt</i> Pegida & Co. – Lessons Learned	26

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik
V. i. S. d. P.: Johannes Magel, 30175 Hannover

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Johannes Magel, Scharnhorststraße 18,
30175 Hannover, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion unter der obigen Adresse oder per E-Mail an **TundP-Box@web.de** zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.